

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6 — Telefon 720.

Einzelnummer: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk., von Nummer 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach der Zeit, die 3-spaltige Zahlenzeile 6.— Mk., von Nummer 6.— Mk. Bei Wiederholung Arbeit. Ausnahme bis früh 9 Uhr. — Postkontonummer Danzig 2345. Erscheinung: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 166

Dienstag, den 19. Juli 1921

12. Jahrgang

Das Ententeforgenkind Oberschlesien.

Der englisch-französische Gegensatz in Oberschlesien.

London, 16. Juli. Reuter erfährt, daß Briand eingeladen wurde, Genaueres über die Zusammenkunft von Sachverständigen anzugeben, die sich mit der oberschlesischen Frage beschäftigen sollen. Wenn auch sowohl nach englischer wie auch Briands Ansicht diese Sachverständigenbefragung vermutlich zu einem bestimmten Ergebnis führen wird, so war man doch der Meinung, daß der Oberste Rat die Frage möglichst bald behandeln sollte, und daß die Sachverständigen deshalb unverzüglich zusammentreten und bis zum 24. Juli an den Obersten Rat berichten sollten. Briand erklärte, daß die Lage in Oberschlesien so schlecht sei, daß es nutzlos sein würde, den Obersten Rat noch in diesem Monat einzuberufen. Er sei aber nicht in der Lage, irgendein Datum vorzuschlagen. Indessen seien die Franzosen der Ansicht, daß die alliierten Streitkräfte auf der Stelle vermehrt werden müßten. Briand selbst sei bereit, eine neue französische Division zu entsenden.

London, 18. Juli. „Evening Standard“ schreibt zu der französischen Mitteilung betreffend Oberschlesien, offenbar plane Frankreich wieder ein isoliertes Vorgehen. Deshalb müsse Frankreich ebenso höflich wie ernst darauf hingewiesen werden, daß der einzige Weg zu sicheren Zuständen in einem gemeinsamen Vorgehen der Alliierten liege, und daß dieses Vorgehen auf eine sofortige und endgültige Regelung der oberschlesischen Frage abzielen müsse.

Brüssel, 18. Juli. Der Befehlshaber der englischen Brigade, Oberst Dalchope, empfing die Vertreter der Landgemeinden des ihm unterstellten Bezirkes, denen er erklärte, er wolle auf friedlichem Wege den früheren Zustand wiederherstellen. Uebergriffe von irgendeiner Seite werde er mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken. Er forderte die Gemeindevorsteher auf, ihren ganzen Einfluß auf die Bevölkerung aufzubieten, damit die Ruhe und Ordnung bewahrt und scharfe Maßnahmen vermieden würden.

Paris, 18. Juli. Bertinax schreibt im „Echo de Paris“: Die französische Regierung müsse bis zur letzten Konsequenz die diplomatischen Verhandlungen verfolgen, die man in Berlin eingeleitet habe. Man müsse nicht nur die militärische Macht in Oberschlesien verstärken, sondern vor allem sich vor den Toren des Ruhrgebiets bewaffnen. Man werde jedenfalls einen großen Värm vernehmen. Dem Ministerium werde dann drohen, daß es von Nationalisten ersetzt werde. Feinde und Alliierte würden Frankreich ersuchen, die Verhandlungen Doucheurs mit Rathenau und Bergmann nicht zu unterbrechen. Aber, so sagt Bertinax, lassen wir uns nicht von dem Wege abbringen, auf den wir nach längerem Umherirren gekommen sind.

Posen, 18. Juli. Am „Kurjer Posański“ erklärt der Verband ehemaliger polnischer Aufständischer aus Oberschlesien einen Aufruf, indem es u. a. heißt: Die Zeit zum Ausruhen ist für uns noch nicht gekommen. Wir müssen warten, um bereit zu sein, jeden Augenblick unser Leben für die Ideale einzusetzen, für welche wir gekämpft haben. Wir sind dabei, in allen Ortschaften Gruppen von ehemaligen Aufständischen zu bilden, die von einer starken Organisation umfaßt werden. Jeder Aufständische, der bis jetzt seiner patriotischen Pflicht genügt hatte, ist verpflichtet, der Gruppe beizutreten.

Berlin, 18. Juli. In der vorläufigen Antwort des Außenministers Dr. Rosen auf die Eröffnungen der französischen Regierung über die Lage in Oberschlesien und die daraus abgeleiteten französischen Forderungen wurde auch Bezug genommen auf eine Unterredung des Ministers mit dem französischen Botschafter vom 7. Juli. Ein zu dieser Unterredung herbeigezogener oberschlesischer Großindustrieller berichtete auf Wunsch des französischen Botschafters über die Lage in Oberschlesien u. a.: Es sehe äußerlich besser aus, als vor dem Abkommen mit Korfanty, weil die großen Straßen von polnischen Insurgenten frei seien. Aber die Züge zwischen Katowitz und Gleiwitz würden von polnischen Insurgenten angehalten und geplündert. Die polnischen Insurgenten seien in die Orte zurückgekehrt, welche sie nach dem Abkommen geräumt haben sollen. Die Behörden der polnischen Insurgenten seien in Funktion geblieben und verweigern den deutschen Behörden den Gehorsam. Ein Teil der polnischen Insurgenten sei nach Polen abtransportiert, um dort militärisch ausgebildet zu werden und als Formationen für den geplanten vierten Aufstand zu dienen. Die Hallersoldaten und die regulären polnischen Truppen seien, soweit sie nicht aus Oberschlesien stammen, nach Polen zurücktransportiert worden. Sie seien in der Lage, schnell nach Oberschlesien hineinzukommen. In Oberschlesien zweifle niemand daran, daß der vierte Aufstand unter Mitwirkung Polens und unter Duldung

der französischen Behörden vorbereitet wurde und jederzeit ausbrechen könnte.

In der französischen Obereschlesiennote wird davon gesprochen, daß am 8. Juni in Katowitz ein Adjutant des französischen Kreisinspektors in seinem Hotel angegriffen worden sei. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Katowitz meldet, ist der dortige Kreisinspektor kein Franzose, sondern ein Italiener. Sein französischer Adjutant Lieutenant Bibelt hat schon vor Ausbruch des Aufstandes aus seiner Vollenfreundlichkeit keinen Hehl gemacht. Bei Ausbruch des Aufstandes versuchte er die Behörden der rein deutschen Stadt zu veranlassen, diese den Polen freiwillig zu übergeben. Weiter hat Bibelt ganz offen polnische Spionage versucht, dauernd polnische Agenten in seinem Hotel empfangen und sich selbst zu der polnischen Armee begeben. Die Leute, die Bibelt gegenüber eine drohende Haltung annahmen, waren Flüchtlinge aus dem von der polnisch-französischen Allianz schwer heimgeführten Kreis Kobnil. Sie erkannten in ihm einen alten Bekannten wieder. Lieutenant Bibelt wurde von besonnenen Deutschen geschloß, die die aufgeregten Flüchtlinge beschwichtigten. (So verständlich die Erregung der Flüchtlinge ist, so sehr muß doch ihr Mangel an Besonnenheit, der nur die eigene Sache schädigt, verurteilt werden. D. Red.)

Das „Berliner Tageblatt“ hört, General Le Rond gedente sich in den nächsten Tagen auf einen Sommerurlaub zu begeben. Nach den Informationen des Blattes soll Le Rond in dieser Form ein annehmbarer Abgang gesichert werden.

Allgemeine Brotpreiserhöhungen als Folge der Brotverknäuerung in Deutschland.

Berlin, 19. Juli. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die kommende Brotpreiserhöhung wiederholt den Gegenstand von Besprechungen innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gebildet. Die Frage wurde gemeinsam mit der Zentralarbeitsgemeinschaft erörtert, und es wurde darauf hingewiesen, daß im Falle einer Verteuerung des Brotes eine Erhöhung der gegenwärtig tariflich festgelegten Löhne erfolgen müsse. Hierzu ist auch dem Reichskabinett Mitteilung gemacht worden. — Die Meldung einer Nachrichtenagentur, daß die Gewerkschaften für den Fall, daß das Kabinett der Brotpreiserhöhung seine Zustimmung erteilen sollte, die Forderung nach dem Rücktritt der sozialistischen Mitglieder erhoben habe, wird von dem Blatte als falsch bezeichnet.

(Eine solche Forderung wäre allerdings auch höchst unklug gewesen, da ihre Erfüllung die Bildung einer rechts gerichteten, rein hungerlichen Regierung und damit nur eine weitere Verschärfung der Gesamtlage zur Folge haben müßte. D. Red.)

Berlin, 18. Juli. Da die durch die Presse gehenden Nachrichten von der Brotpreiserhöhung vielfach lebhaftest Beunruhigung ausgelöst haben, erscheint eine Aufklärung über Gründe und Ziel der Erhöhung erwünscht. In dem am 15. August 1921 zu Ende gehenden Wirtschaftsjahr hat das Reich für die Verbilligung des Brotpreises über 10 Milliarden Mark aufgewendet. Bei der ungünstigen Finanzlage ist das Reich auf die Dauer außerstande, eine Verbilligung in diesem Umfang fortzusetzen. Deutschland muß notgedrungen zu einem Abbau der Getreide- und Brotverbilligung übergehen. Das Reichskabinett hat sich entschlossen, den Brotpreis nicht, wie es im ursprünglichen Plane lag, um 50 Prozent, sondern um 40 Prozent zu erhöhen. Auch das bedeutet noch, daß allein für die ersten 7 1/2 Monate des kommenden Wirtschaftsjahres Verbilligungsbeträge des Reiches in Höhe von über 8 1/2 bis 4 Milliarden Mark zu leisten sein werden. Zu der in der Presse geäußerten Befürchtung, daß das rationierte Brot der Bevölkerung in schlechter Beschaffenheit verabsolgt werden wird, liegt kein Anlaß vor, da im neuen Wirtschaftsjahr das Brot nur aus reinem Brotgetreidemehl gebacken werden muß und die einwandfreie Verarbeitung solchen Mehles durch Kommunalordnungen und Polizeibehörden überwacht werden wird.

Gegen die Verminderung der Reichszuschüsse ist natürlich nichts einzuwenden, da diese eine indirekte Liebesgabe an die „notleidenden“ Wandwirte darstellen und letzten Endes von der minderbemittelten erwerbstätigen Bevölkerung in Form von Steuern aufgebracht werden müssen. Aber alle Beruhigungsversuche können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die teilweise (und wohl in nicht ferner Zeit auch vollständige) Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft die schwersten wirtschaftlichen und sozialen Schädigungen der Volksgemeinschaft zur Folge haben muß.

Die Diktaturphrasen.

Die Wiener Arbeitsgemeinschaft (Internationale 2 1/2) will nicht zu der gemeinsamen Konferenz kommen, zu der sie die zweite Internationale eingeladen hat oder sie will eigentlich doch kommen, aber nur zu einer „unverbindlichen Zusammenkunft zu rein informativischen Zwecken“. Der Grund, daß sie so will und nicht will, liegt nach der Mitteilung, die sie an die einladende englische Arbeiterpartei ergangen ist, in der Verschiedenheit der Auffassungen beider Lager, des zweiten und des zweifelhaftesten, von den Begriffen der Diktatur und der Demokratie. Während nämlich die zweite Internationale sich für die „Aufrechterhaltung ihrer demokratischen Grundzüge im Gegenseitigen zur Diktatur“ erklärt hat, legt das Antwortschreiben der Wiener Arbeitsgemeinschaft auseinander, daß es falsch sei, die demokratischen Grundzüge dem Prinzip der Diktatur entgegenzustellen.

Möglich, daß die zweite Internationale ein wenig hinter der Zeit zurückgeblieben ist, aber dann kann es sich freilich nur um ein paar Monate handeln. Vor ein paar Monaten noch schienen die Begriffe der Demokratie und der Diktatur in ihrer Gegensätzlichkeit vollkommen festzustehen. Demokratie, das war und bleibt das System, das der jeweiligen Mehrheit des Volkes oder der Volksvertretung gestattet, jederzeit durch ihre bloße Willensäußerung ohne Anwendung von Gewalt die Regierung des Landes zu ändern. Als Diktatur galt im Gegenseitigen dazu ein System, unter dem sich eine Minderheit durch Gewalt an der Herrschaft hält und von dem Willen der Volksmehrheit unabhängig bleibt. Die Koalitionsregierungen im Deutschen Reich, die sozialistischen Regierungen in Sachsen und Braunschweig sind Beispiele der Demokratie. Sowjetrußland, Räteungarn, die Münchener Räterepublik, Rapp galten als Beispiele von Diktatur.

Soweit und solange schien also alles klar, und klar war auch die Erklärung der zweiten Internationale, daß sie die demokratischen Grundzüge gegen die Diktatur aufrechterhalten wolle. Wandert hat sich aber inzwischen die Stellung der deutschen Unabhängigen und der anderen Parteien von der Wiener Arbeitsgemeinschaft zur Diktatur. Früher bekamen sich diese Parteien zur Diktatur im Gegenseitigen zur Demokratie. Heute stehen sie, wenn das lähne Bild erlaubt ist, mit ein-dreiviertel Bein auf dem Boden der Demokratie und mit noch mit einem Viertel auf dem der Diktatur. Das ist eine sehr schwierige Stellung. Sie ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten und auch vorübergehend nur möglich, wenn man den Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur durch ein dialektisches Kunststück verwickelt.

Indes kann es den Parteien der Wiener Arbeitsgemeinschaft zum Troste dienen, daß dieser Verwicklungsprozeß bis weit über ihre eigenen Reihen nach links hinaus gedungen ist. Auch der westeuropäische Kommunismus macht in dieser Frage einen Ausweichungsprozeß durch. Ein Beispiel dafür, eines von vielen, liefert das soeben erschienene Protokoll des Hochverratsprozesses gegen Brandier, den Vorsitzenden der KPD-Zentrale, der am 6. Juni dieses Jahres in Berlin zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt und bald darauf vom Kongreß der dritten Internationale in Moskau zu seinem Ehrenvorsitzenden proklamiert wurde. Brandier führte nämlich in seinen Verteidigungsreden aus, nur ein Diktator könne daran denken, daß die kommunistische Partei in Deutschland in naher Zeit die Macht ergreifen könne. Das könne sie erst, wenn die überwältigende Mehrheit des deutschen Proletariats hinter ihr stünde. Zum Proletariat rechnet Brandier aber 90 Prozent der deutschen Bevölkerung, so daß eine überwältigende Mehrheit des Proletariats zugleich auch schon eine beträchtliche Mehrheit des gesamten Volkes darstellt. Es war daher nur konsequent, wenn Brandier erklärte: „Diktatur des Proletariats ist möglich, sogar bei Bestehen der deutschen Verfassung!“ Da hätten wir also auch wieder die neue Gleichung wie im Antwortschreiben der Wiener: Diktatur ist Demokratie, und Demokratie ist Diktatur.

So weit läßt sich die Sache also zur Rot verstehen. Aber unverständlich ist es, warum die Wiener Arbeitsgemeinschaft unter solchen Umständen das Bekenntnis der zweiten Internationale zur Demokratie als einen Hinderungsgrund betrachtet für die Wiederherstellung einer einheitlichen proletarischen Internationale. Die einheitliche proletarische Internationale ist doch wahrhaftig mehr als ein bloßes Instanzgericht, sie ist das Sehnsuchtsziel von Millionen Proletariats auf der ganzen Erde. Ihre Wiederaufrichtung bedeutet eine erhebliche Vermehrung der Macht der Arbeiter in allen Ländern. Ein solches Ziel darf es wirklich preisgegeben werden um einer dialektischen Liebhabererei, um eines leeren Wortspiels willen?

Bekannt ist die Anekdote von der englischen Frauenversammlung, in der eine Frau für die Gleichberechtigung beider Geschlechter mit dem Argument eintrat, es bestesse zwischen beiden doch nur ein kleiner Unterschied, und in rüber Witz noch dazu nur ein kleiner Unterschied, und in rüber Witz noch dazu nur ein kleiner Unterschied. „Es bestehe der kleine Unterschied!“ Als Spuß ist es etwas ganz nett. Aber einen Witz ist nur kleiner

Umschlag in der Ausdruckweise und in der Aufrichtigkeit gegen sich selber zum Inhalt einer dauernden Spaltung machen, das wäre ein sehr grausamer Spieß mit dem Interesses der Arbeiterklasse.

Die informatorischen Besprechungen, zu denen sich die Wiener Arbeitsgemeinschaft bereit erklärt hat, werden gründlich dazu ausgenutzt werden müssen, über die augenblicklich in Wahrungsvorschlägen zwischen der Zweiteilung und der Zweiteilung Internationalen volle Zustimmung zu schaffen. Wir glauben aber auch heute schon berechtigt zu sein, den Zweiteilungszugrufen: Leute, Ihr müßt doch doch den Mut aufbringen, auch auszusprechen, was Ihr denkt — dann sind wir einig!

Die deutschen Großbanken im Jahre 1921.

Die Berliner Großbanken veröffentlichten vor kurzem ihre Geschäftsabläufe über das Jahr 1920. Die enorme Vermehrung der Umsätze, neue, von der Steuergesetzgebung den Banken auferlegte Aufgaben und schließlich die veränderten Arbeitsbedingungen im Bankbetrieb haben diese Vergrößerung der Rechnungslage verursacht. Vor dem Kriege war man bereits über die Daten des vergangenen Jahres im Klaren. Es ist aber von Interesse, auch diese nunmehr einer halb-jährigen Vergangenheit angehörenden Zahlen festzuhalten. Der Konzentrationsprozeß ist ohne Zweifel im Bankwesen am weitesten fortgeschritten, und deshalb entrollt sich in den Bilanzen von im ganzen 8 Großbanken ein gewaltiger Ausschütt des gesamten deutschen Kreditverkehrs, allerdings nur soweit, als die Zahlen für die Außenstehenden durchsichtig genug gestaltet sind. Und in dieser Hinsicht geben sich die Banken bekanntlich keine besondere Mühe.

Die Bankkonzentration war schon vor dem Kriege weit gediehen. Die Großbanken verfügten unmittelbar bereits im Jahre 1918 über 51,7 Prozent der gesamten Bankmittel. Der Krieg gab dann ihrer weiteren Ausdehnung einen neuen starken Anstoß, weil jede krisenhafte Erschütterung die Entwicklung der das erhöhte Vertrauen des breiten Publikums genießenden großen Kreditinstitute auf Kosten der kleinen Banken begünstigt. Die eigenen Bilanzen geben aber noch keine richtige Vorstellung über die beträchtliche Macht der Großbanken. Sie bilden nämlich durch Einkauf von Aktien einer Anzahl anderer Banken sogenannte Bankkongernte aus. Die Erwerbung eines Bruchteiles des Aktienkapitals genügt, um über das gesamte Eigenkapital, wie über die Depositionen der bereit angelegerten „Kongernbanker“ kommandieren zu können, welche auch weiter als formal selbständige Unternehmen arbeiten. Derart beherrschten die Großbanken in 1918 88 Prozent der gesamten deutschen Bankkapitalien und in 1919 bereits 92 Prozent. Sie verwalten daher einen gewaltigen Teil des ganzen deutschen Volkvermögens.

Ueber die zahlenmäßige Entwicklung gibt folgende Tabelle einen Einblick, bei deren Zusammenstellung wir uns einer Bankstatistik der „Frankfurter Zeitung“ vom 26. Juni bedient haben. Sie bezieht sich auf folgende 8 Banken: Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Dresdener Bank, Darmstädter Bank, Berliner Handelsgesellschaft, Commerz- und Privatbank, Nationalbank für Deutschland, Mitteldeutsche Kreditbank.

Verbindlichkeiten in Millionen Mark	1920	1919
Eigene Mittel (Aktienkapital und Reserven)	2514	
Einlagen, Kreditoren	83 348	
Gesamte verbundene Mittel	65 880	8 390
Anlagen		
Bau- und Reichsbankguthaben	4 298	
Sonstige Bankguthaben	4 487	
Wechsel- und Schatzanweisungen	37 222	
Debitoren	15 726	
Gebäude Wechselvorschüsse	1 545	
Kontokorrenten, Reports	1 498	
Heimische Staatspapiere	287	
Sonstiger Effektenbesitz	483	
Dauernde Beteiligungen (Bankaktien)	316	
Kongernkon	371	

Zu diesen summarischen Zahlen ist zunächst zu bemerken, daß sich dieselben keineswegs annähernd gleich auf die einzelnen Großbanken verteilen. Unter den 8 großen ragen nach weniger Neben hervor. Die Deutsche Bank disponierte allein über 22 1/2 Milliarden verbundene Mittel, die Diskontogesellschaft über 13, die Dresdener Bank über 12 Milliarden. Die weiteren fünf folgen in weitem Abstand, sie mußten sich mit einem Fünftel der obigen in der Tabelle angeführten Gesamtsumme begnügen. Die Kapitalmacht dieser Großbanken geringeren Grades wird auch von manchen dem

Kongern der Deutschen Bank oder der Diskontogesellschaft angelegerten Kongernbanken erreicht und selbst übersteigt. Die Vergrößerung nach Berliner Banken oder Großbanken einerseits und Provinzialbanken andererseits richtet sich nicht allein nach der zahlenmäßigen Größe (und selbst nicht nach dem Höhe des betragsmäßigen Umschlages). Der qualitative Umschlag ist dabei entscheidend, ob die Bank eine souveräne Macht in der Wirtschaft besitzt oder aber in ihren Beziehungen in Abhängigkeit, die aus dem Zentrum eines Kongerns ausgeht.

Zur Veranschaulichung der seit den Friedensjahren eingetretenen Vergrößerung haben wir zum Vergleich die wachsenden Mittel der Großbanken in 1918 herangezogen. Während der letzten Jahre haben sie sich verachtst. Diese Vergrößerung ist freilich alles andere als erfreulich. Zu Zeiten stabiler Geldwerte bewirkt allerdings eine merkliche Erhöhung der Bankdepositionen erhöhtes Reichtum und gesteigerte Produktivkraft an. Vermögen ebenso wie Einkommen werden aber jetzt in einem entwerteten Maße berechnet, die Vermehrung ist hier bloß nominell eine Folge der Inflation. Nichts beweist dies klarer als die Tatsache, daß den erhöhten Mitteln nicht entsprechend erhöhte produktive Anlagen gegenüberstehen, sondern hauptsächlich fiktive Werte, die in der Bilanzierung durch Wertberichtigungen an das Geld. Die Anlage in Wechseln und Schatzanweisungen wuchs allein seit dem Jahre 1919 um 15 1/2 Milliarden. Sie enthält zwar auch an Unternehmungen gewährte Wechselkredite, der Anteil dieser produktiven Kredite an Gesamtbesitz ist aber anerkennenswerth ein bescheidenes. Im Gegensatz hierzu enthält das nachschichtigste Konto der Debitoren die an Handel und Industrie gewährten Betriebskredite in laufender Rechnung. Das Anwachsen dieses Kontos seit 1919 um rund 6 Milliarden hängt mit dem im Laufe des vergangenen Jahres — wenn auch innerhalb beschränkter Grenzen — erfolgten Habung der Güterproduktion zusammen. Auch die seit 1919 eingetretene Verdoppelung der gedachten Warenverhältnisse weist auf eine gewisse Belebung des Wirtschaftslebens hin, hierbei handelt es sich um die Befreiung von Güterimporten zum Teil auf Grund der Schiffverlade-Dokumente, die eben als Deckung dienen.

Die übrigen Konten stehen mit dem Effektengeschäft der Banken im Zusammenhang. Kontokorrent und Reports sind die besonderen technischen Formen der Befreiung von Wertpapieren. Unter den verschiedenen Effektenkonten sind von besonderem Interesse die „Kongernkon“. Das sind jene Wertpapiere, die im Gegensatz zu den übrigen Effekten nicht dauernd im Besitz der Bank verbleiben sollen, sondern zum Verkauf bestimmt sind. Der Name dieses Geschäftes rührt daher, daß die ersten derartigen Transaktionen in Staatsanleihen durchgeführt wurden, wobei sich die Banken infolge der Größe des Darlehensbeitrages, welche die Kapitalkraft der einzelnen Bank stark überstieg, zu Kongernien zusammenschließen. Wenn heute eine Großbank die Papiere eines mittleren Aktienunternehmens zwecks Weiterveräußerung oder „Emission“, wie der börsentechnische Ausdruck lautet, übernimmt, so bedarf sie dabei schon keiner Kongernien. Die eingebürgerte Bezeichnung wurde dennoch beibehalten. Die starke Entwicklung dieses Effektenhandels, parallel mit der Verbreitung des Aktienwesens in der Industrie, basiert auf der Tatsache, daß die deutschen Banken nicht bloß Betriebsmittel an Handel und Industrie zuführen, sondern auch Mittel zwecks dauernder Anlagen. Sie betreiben mit anderen Worten neben dem kurzfristigen auch das langfristige Kreditgeschäft.

Die langfristigen Kredite dürfen jedoch keinen großen Raum in der Gesamtbilanz einnehmen, damit das oberste Prinzip der Bankpolitik: die Sicherung der Liquidität, nicht verletzt wird. Die Banken arbeiten ja zum allergrößten Teile mit fremden Geldern, die sofort oder auf kurze Kündigung abhebbar sind. Die Anlagen müssen daher derart geordnet werden, daß sie im Notfall in Kürze wieder in Geld verwandelbar sind. Seine Bank ist liquid, welche aller Voraussetzungen nach derart auch gegen größere Depositionskongernien gewappnet ist. Das eigene Geschäftsinteresse der Bank diktiert ihr eine Vorsicht, es ist aber zugleich vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus eine Frage allererster Ordnung, ob die Liquiditätsregel von den Banken befolgt wird. Dies nicht allein aus dem Grunde, daß an der Geschäftsführung einer einzigen Großbank Hunderttausende von Existenzen hängen — die Anzahl der bei der Deutschen Bank geführten Kundenrechnungen geht an die 1/2 Million. Die Zahlungsfindung einer Bank von hier in Frage stehendem Umfange würde nicht bloß ihre DepONENTEN schädigen, sondern zu einem Zusammenbruch des ganzen Kreditgebäudes und damit zur

Unterbrechung des ganzen wirtschaftlichen Kreislaufes führen. Daher ist es erwünscht, daß die betr. Öffentlichkeit die Tätigkeit der Banken verfolgen und nötigenfalls schnell mit ihrer Kritik einsehen kann. Die ihrer Verantwortung bewußte Handelspresse fordert denn auch seit Jahren unablässig einen Ausbau der Publizität, doch blieben ihre Bemühungen bisher ohne Resultat.

Weitere Öderung in Oberschlesien.

Wie die P. P. N. hören, ist General De Roub bereits gestern abend 8,45 Uhr wieder von seiner den Deutschen geheim gehaltenen Besichtigungsreise in Oppeln eingetroffen. Sein Empfang durch die Polen in Hindenburg bewies, daß diese nun so besser unterrichtet waren. Sehr bezeichnend für diese Vorgänge in Hindenburg ist die Tatsache, daß die Polen bei diesem Empfang des Vorsitzenden der Internationalen Kommission, genau so wie unlängst bei der Beerdigung des französischen Majors Montalgre, die polnischen Fahnen und den polnischen Adler getragen haben, obwohl für das Abstimmungsgebiet ein Verbot besteht, das unter dem Belagerungszustand sogar wieder erneuert wurde, daß keine nationalen Abzeichen getragen werden dürfen.

Das Gesamtbild in Oberschlesien, vor allem des Industriegebietes, zeigt, daß das Land noch keineswegs beruhigt ist. Die Zahl der Arbeitslosen ist nach wie vor sehr groß; in Blomberg hat ein großer Teil der deutschen Arbeiter und Beamten zum 1. August gekündigt und will ebenfalls das Land verlassen. Nachts treten wieder zahlreiche Banden auf, und auf verschiedenen Wegen arbeiten Deutsche und Polen in verschiedenen Schichten, wodurch die Wirtschaftlichkeit des Betriebs starke Einbuße erleidet.

Das Sparsystem in Polen.

D. C. Das vom Finanzminister Steczkowski verkündete Regime der äußersten Sparsamkeit hat dazu geführt, daß geplant wird, das Ministerium für Gesundheitswesen aufzulösen und der Warschauer Oper die staatlichen Zuschüsse zu entziehen. Die Presse mündet sich gegen diese Pläne, begründet aber die Verfügung des polnischen Kriegsministers, den Gebrauch von Dienstautos und deren Zahl aufs äußerste einzuschränken. Die Verfügung wird damit begründet, daß die Ausgaben für die Dienstautos „einen der größten Posten des Heeresetats bilden“. Die Presse fordert weitere Einschränkungen auch in den anderen Ministerien.

Die Regierung hat beschlossen, die Zwangswirtschaft für Kohle vom 1. Oktober ab aufzuheben. Die Einschränkungen der Kohleneinfuhr und -Ausfuhr sollen indessen aufrechterhalten bleiben.

Der Ausbau der Privatwirtschaft in Sowjetrußland.

D. C. In führenden Sowjetkreisen wird der Erlaß eines Dekrets beraten, das die Anerkennung eines bürgerlichen Privatbesitzes im Umfang bis zu 10 Dekjatinen (1 Dekjatin = 1,1 Hektar) vorseht. Es wird für notwendig erachtet, das Vertrauen zum neuen Kurse der Sowjetregierung durch weitere Zugeständnisse zu festigen. Hierzu wird u. a. eine weitgehende Neuorganisation der städtischen Grundbesitze geplant, wobei sogar die Rückertatung der städtischen Immobilien an die früheren Besitzer in Erwägung gezogen wird. Das Präsidium des Moskauer Sowjets hat bereits eine Verordnung erlassen, wonach in Häusern, deren Einwohner die Reparatur der Wasserleitungs- und Kanalisationsanlagen selbst übernehmen, die Inhaber ein Anrecht auf die Wohnungen erhalten und nicht mehr ausgeliefert werden dürfen. In Sachen der Großindustrie ist bereits zur Durchführung der Verordnung des Obersten Volkswirtschaftsrates geschritten worden, wonach die Fabriken in drei Kategorien geteilt werden: in staatliche, vom Staat subventionierte, und in selbständige, die der Fabrikation von Artikeln des Massenbedarfs dienen sollen. Eine Verfügung des Rates der Volkswirtschaftler gestattet jedem Bürger das Recht zu, industrielle Kleinbetriebe zu eröffnen.

Nach einer Meldung der Moskauer „Iswestija“ hat der Arbeits- und Verteidigungsrat angeordnet, die Zahl der im Betrieb befindlichen Passagierwaggons zwecks Kohleneinfuhr zu vermindern, da die Hoffnung auf den Kohlenbezug aus dem Auslande sich verwickelt hat.

Am 10. August d. Js. tritt in Moskau eine Konferenz der deutschen Kolonisten zusammen; sie soll die Frage der staatlichen Wirtschaftshilfe an die von der Militärernote hart betroffenen deutschen Wolga-Kolonien und deren Beteiligung an der Naturalsteuer beraten.

Die Sozialisierung des Lohnsystems.

Von August Freudenthal, Münster.

Unter heutiges Lohnsystem ist sozial im höchsten Grade ungerecht, da es nur nach Leistungen, nicht nach den Bedürfnissen aufgebaut ist. Wenn auch nicht überall im Accord gearbeitet wird, so ist doch der Lohn tarifmäßig nach Altersklassen abgestuft, in der Voraussetzung, daß mit den Jahren die Erfahrung, die Kraft und die Routine wächst, die Leistungsfähigkeit also eine größere wird.

Diese Voraussetzung ist richtig, findet aber bei einer gewissen Altersstufe ihre Grenze, vor wo ab die Leistungsfähigkeit wieder sinkt. Es ist das gefährliche Alter der Arbeiter, das zwischen 40 und 45 Jahren liegt, wenn die Körperkräfte durch zu große Anstrengung abgemüht worden sind und die Geisteskräfte der Jugend nachzulassen beginnt. Der Arbeitgeber pflegt dann bei genügend vorhandenen Arbeitskräften, bei reichlichem Angebot den noch nicht verbrauchten, aber nach seiner Ansicht billiger zu erwerbenden Arbeiter an die Luft zu setzen. Das trifft den älteren Arbeiter um so härter, als er doch fast stets Familienvater ist.

Dieser sozialen Ungerechtigkeit muß ein Aiege! vorgehalten werden. Aber neben dieser sozialen Ungerechtigkeit sieht eine zweite, die zu niedriger Entlohnung der Verheirateten und Familienväter gegenüber den Junggeheilen. Die Ausschaltung der älteren Arbeiter und die zu niedrige Entlohnung der Familienväter sind zwei Probleme, die un-

dingt gelöst werden müssen. Es muß ein Weg gefunden werden, die Entlohnung dem Familienstand anzupassen und die älteren Jahresklassen der Arbeiter innerhalb des Produktionsprozesses unterzubringen.

(Vorschläge in dieser Hinsicht sind schon verschiedene gemacht worden. So von mir im Juli 1920 im „Volkswillen“ zu Münster) und kürzlich von der „Rheinisch-Westfälischen Wirtschafts-Korrespondenz“). Letztere beschränkte sich allerdings lediglich auf die Entlohnung nach dem Familienstand, kam aber in dieser Frage zu ähnlichen Schlüssen wie ich im Jahre vorher, nämlich durch ein Umlagenverfahren die Zuschläge für die Familienväter aufzubringen. In der Frage der Unterbringung der Überalterten folgte ich damals einer Anregung des Genossen Boer im Jahre 1919 in der Kreisfeier „Niederheimischen Volktribüne“.

Auch die Gewerkschaften, von denen nur wenige für mit Kindern ungenügend sind, können, werden sich damit abfinden müssen, daß hier ein Ausgleich geschaffen werden muß. Mein Vorschlag geht nun dahin, daß durch die Berufs-genossenschaften und vielleicht die Krankenkassen und die Gewerkschaften die Zahl der Verheirateten im Berufe nach der Kinderzahl und die Zahl der überalterten Kollegen festgesetzt werden muß. Diese Ergebnisse müssen nun anteilmäßig auf die verschiedenen Betriebe verteilt werden. Jeder Be-

trieb hat dann sowohl seinen Anteil für Kinderzulagen wie für überalterte Arbeiter aufzubringen, einerlei, wieviele er beschäftigt. Das Gesamtergebnis ist dann rechnungsmäßig auf die Betriebe zu verteilen. Betriebe, die mehr zulageberechtigte und überalterte Arbeiter beschäftigen, als anteilmäßig auf sie entfallen würden, erhalten dann Zuschüsse, und die übrigen müssen sie bezahlen. Ob diese Regelung nun gesetzlich oder durch die Arbeitsgemeinschaften tariflich geregelt wird, ist eine reine Frage der Zweckmäßigkeit. Damit entfällt auch der Einwand, daß bei erheblichen Zulagen an Verheiratete stets die unverschuldeten Arbeiter bei der Einstellung bevorzugt würden; denn jeder Arbeitgeber muß ja doch dann den auf ihn entfallenden Anteil an Familienzulagen und die anteilmäßigen Löhne für ältere Arbeiter bezahlen, ob er sie beschäftigt oder nicht. Vorteilhaft ist für ihn dann stets die Einstellung solcher Arbeiter, als die Abführung von Verheirateten an den Konfurrenten. Ist übrigens der obligatorische Arbeitsnachweis erst Tatsache geworden, so ist auch dieser in der Lage, eine genaue Gegenkontrolle über die Zusammensetzung der Arbeiterkraft der Betriebe und ihre zweckentsprechende Ergänzung zu führen.

Von heute auf morgen wird sich allerdings diese Reform der Entlohnung nicht durchführen lassen. Doch ist das rege Interesse für diese Frage, die auch 1920 schon in der „Arbeitsgeberzeitung“ behandelt wurde und jetzt die Gewerkschaftspresse beschäftigt, ein Zeichen, daß sich ein Weg für ihre Regelung bei etwas gutem Willen finden lassen müßte.

1) Sozialisierung des Lohnsystems.

2) Entlohnung nach dem Familienstand.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 166

Dienstag, den 19. Juli 1921

12. Jahrgang

Der Entwurf unseres Parteiprogramms.

Kachstehend veröffentlicht wir den Entwurf des Parteiprogramms der deutschen Partei der dem Parteitag in Göttingen am 15. Juli 1921 zugetragenen Vorarbeiten. In etwa acht bis zehn Tagen wird ein Kommentar in der Stärke von rund 100 Seiten erscheinen, der zu allen Teilen des Programms Stellung nehmen wird. Nach einer Einteilung werden die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands zur Zeit der Schaffung des Entwurfs des Parteiprogramms wie in der Gegenwart dargestellt. Hieran werden sich schließen 13 Kapitel, in denen zu allen Teilen des Parteiprogramms Stellung genommen werden wird. An dem Buche arbeiten mit die Genossinnen Juchacz und Püll und die Genossen Adolf Braun, Gunow, Grothjahn, Paul Strich, Neil, Hermann Müller-Stranz, Hermann Müller-Berlin, Max Luard, Robert Schmidt.

Das Buch soll allen Genossen eine unentbehrliche Hilfe bei der Agitation sein. Eine Fülle von Material von dauerndem und großem Wert wird in dem Buch vereinigt. Eine Kritik des Programms behalten wir uns bis zum Erscheinen des Kommentars vor.

Die Verlagsbuchhandlung „Vorwärts“ wird im Interesse der weitaus Verbreitung des Buches den Preis auf etwa 5 bis 6 Mark festlegen. Alle Parteibuchhandlungen nehmen schon jetzt Bestellungen auf dieses Buch an, das denen, die sich vormerken, sofort nach Erscheinen zugehen soll. Der Titel des Buches soll lauten: Das P. D. Programm. Ein Kommentar des Parteiprogramms unter Mitwirkung zahlreicher Genossen und Genossinnen, herausgegeben von Adolf Braun.

Das Parteiprogramm.

I.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes, sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfaht aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgabe als unzulänglich erwiesen. Anstatt den Kopf- und Handarbeitern die Befreiung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern, hat sie die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten stehen große, mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber.

Der Weltkrieg und das Versailler Diktat haben diese Entwicklung verstärkt. Schöpfer denn je haben sich Kapital und Arbeit gegenüber. Die in dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründeten Tendenzen der fortwährenden Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen sind noch verstärkt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrauensungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: mehrere monopolistische Wirtschaftsgemeinschaften und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Zentralisierung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und mit Vernichtung bisher selbständiger Existenzen.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wurden eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelpflegerinnen und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozialer Wertverluste, ja gesellschaftlich schädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, vieler Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Intellektuellen und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslabens, indem sie den Einfluß des großen Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen steigert, zu imperialistischer Ausdehnung, zur Eroberung neuer Anlagen und Absatzmärkte, sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschleunigt wiederholende Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe, — so weit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind oder eine solche Wirtschaftslagen der Nationen beherrschende Machtstellung erlangt haben, — in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch Verstaatlichung der kapitalistischen Produktionsmittel überführt und zugleich alle im Volke vorhandenen Kräfte in planmäßigen Ausbau und Aufbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsträgigkeit ertragen werden. Hierzu ist unerlässlich die entschlossenste Förderung des Genossenschaftswesens sowie der wirtschaftlichen und politischen Widerstandsorganisationen der Klasse des arbeitenden Volkes, ferner die Festigung der deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch zur Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Arbeitsherrschaft.

Die im Interesse des deutschen Volkes, so ist im Interesse aller Kulturvölker eine Revision des Gewaltfriedens von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und nationaler Selbstbestimmung geboten. Die Lebensbedürfnisse unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu sichern durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannender weltlichen Völkerbundes.

Die darauf in den einzelnen Ländern gerichtete Arbeit ist aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die internationale Verbindung und internationale Aktion der wertvollen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst. Das gilt vor allem für die politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter, wie es grundsätzlich in den Beschlüssen der im August 1920 zu Genf reorganisierten Internationalen zum Ausdruck gebracht ist.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Vertreterin des wertvollen Volkes:

Wirtschaftspolitische Forderungen.

1. Die Sozialdemokratie geht von dem leitenden Grundsatz aus, daß das Interesse der Allgemeinheit dem des einzelnen oder dem einzelner Berufsgruppen voranzustellen ist.

2. Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt die Zusammenfassung der Betriebe und die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes.

Insbesondere sind die Bodenschätze und die Naturkräfte der privaten Ausbeutung zu entziehen, um sie im Dienst der Allgemeinheit ruhiger zu machen.

Von allen Wohnstätten der Gemeinwirtschaft soll die möglichst hohe Ertragsfähigkeit in der Produktion und die soziale Besserstellung der Arbeiter und Angestellten gewährleistet werden.

3. Staatliche Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Syndikate, Trusts).

4. Ausbau der Betriebe des Staates und der sonstigen öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung.

5. Förderung der Verbraucher- und Gewerkschaften, die nicht die Erzielung von Profit, sondern die ungenüßliche Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zur Aufgabe haben.

6. Vereinigung der Betriebe für die geistliche Leitung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe unter Fernhaltung bürokratischer Erziehung.

Regelung der Arbeitsbedingungen in gemeinwirtschaftlichen Betrieben durch Körperschaften, in denen zusammenschließen die Vertreter der Arbeiter und Angestellten in gleicher Weise beteiligt werden wie die Verwaltung der Betriebe.

Verpflichtung der Körperschaften gegen die Entscheidung dieser Körperschaften an eine Zentralinstanz.

Verpflichtung der Körperschaften durch Vertretungen der Berufsglieder der weiterverarbeitenden Gewerbebranche und der Verbraucher.

7. Entschädigung bei der Überführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum an den bisherigen Besitzer im Umfang des tatsächlichen Aufwandes der geistigen und körperlichen Arbeit.

Forderungen.

Im Interesse der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Beseitigung der privatkapitalistischen Grund- und Bodenbesitzes fordert die Sozialdemokratische Partei:

1. Für den Kleinbauern den genossenschaftlichen Verkehr zur Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen, Katauf von Saatgut, Düngemitteln und anderer landwirtschaftlicher Bedarfsartikel.

2. Organisation des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die Genossenschaften; wo es im Allgemeininteresse liegt, Bildung von Zwangsgenossenschaften.

3. Enge Beziehungen der genossenschaftlichen Unternehmungen der Landwirtschaft zu den Konsumvereinen in den Städten.

4. Bereitstellung staatlicher Mittel für die Anleitung und Belehrung über die intensive Ausnutzung des landwirtschaftlichen Betriebes.

5. Allmähliche Überführung des Pachtgrundbesitzes in eine genossenschaftliche Betriebsform.

6. Förderung der Stielkultur.

7. Herabsetzung von Zehnten mit finanzieller Unterstützung des Reichs, der Länder und der Gemeinden.

8. Entgeltung und planmäßige Bewirtschaftung unwirtschaftlich betriebener Landgüter durch Überleitung in genossenschaftliche Betriebe.

9. Keine Überführung des Grund und Bodens, der sich bereits im Besitz von Reich, Ländern oder Gemeinden befindet, in Privateigentum.

10. Verteilung eines weitgehenden Entwignungs- und Verkaufsvorrechts gegenüber dem Grundbesitz zugunsten des Reichs, der Länder und Gemeinden.

11. Beleihung des Grundbesitzes durch eine staatliche Grundrentenkasse. Übernahme der Sicherheit über eine bestimmte Beleihungsgrenze durch Staat oder Gemeinden.

12. Sozialisierung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Begünstigung der Rückwanderung der Arbeiter von der Stadt auf das Land durch gute Wohnungsversorgung, ein geregeltes, freies Verkehrsverhältnis, welches insbesondere die Sicherstellung des eigenen Bedarfs aus der landwirtschaftlichen Produktion und die Haltung eines eigenen Viehstandes gewährleistet.

Danziger Nachrichten.

Die interalliierte Verteilungskommission weist zurzeit wieder in unserer Stadt, um das ehemals preussische Staatseigentum an den Kreisort Danzig oder an Polen zu vergeben. Dazu wird, wie wir hören, auch die Elisabethkirche am Hauptbahnhof als ehemalige Garnisonkirche gerechnet. Die Polen erheben Anspruch auf diese Kirche, nicht aus rechtlichen Gründen, sondern weil sie keine Kirche in Danzig haben. Die Schwierigkeit bei der Zuteilung liegt auf religiösem Gebiet. Die Kirche steht der evangelischen Konfession zur Verfügung, die Polen sind katholisch. Die Kirche ist einfach und schmucklos, für katholischen Gottesdienst wenig geeignet und so klein, daß sie den Bedürfnissen der Polen, die mit 18 000 Personen rechnen, nicht genügen dürfte. Den Ansprüchen der Polen dürfte es besser entsprechen, wenn ihnen ein passendes Grundstück überlassen würde, auf dem sie dann selber ein ihren Ansprüchen und religiösem Empfinden geeignetes Gebäude errichten können.

Schriftstücke an den Senat mit Datum, Geschäftsnummer, den Absender und Angabe des Zweckes versehen. Beim Senat gehen vielfach ständesamtliche Urkunden und ähnliche Schriftstücke ein, ohne daß zu sehen ist, zu welchem Zweck oder aus welchem Anlaß sie eingeschickt werden. Es liegt im dringendsten Interesse der Einsender, bei der Einschickung von eingeforderten Urkunden und sonstigen Schriftstücken stets das Datum und die Geschäftsnummer der veranlassenden Senats-Verfügung anzugeben, oder aber doch den Zweck der Einschickung in einem Begleitberichte darzulegen. — Ferner empfiehlt es sich, bei Schreiben an den Senat die Adresse des Einsenders in der Eingabe selbst und nicht nur auf dem Briefumschlag zu verzeichnen, da letzterer in der Regel beim Brieföffnen fortgelegt wird und nicht zu der Geschäftsstelle gelangt.

Bezirksvorsteherwahl. Zum stellvertretenden Bezirksvorsteher für den 24. Stadtbezirk ist Herr Assistentenmeister Paul Fischer, Röhms 6 und für den 40. Stadtbezirk Herr Kaufmann Friedrich Krafke, Rathhäuserstraße 71 bestellt worden.

„König Kohle.“

Roman von Ipton Sinclair.

(Fortsetzung.)

Sofort geriet alles in Verwirrung, einige sprangen mit lauten Rufen auf, andere sahen verdutzt nach Schlafumfängen. „Da ist der Kerl! —“ rief eine Stimme, die Hal sofort als die Jeff Stone, des Berghauptmanns, erkannte. „Hände hoch! Ja, Sie, Joe Smith!“ Hal befolgte den Befehl, ohne das Aussehen des Revolveres abzuwarten.

Dann trat lächelnde Stille ein. Da das Drama für die anderen aufgeföhrt wurde, hieß es ihnen Zeit zum völligen Aufwachen zu lassen, ihre Augen mußten sich erst an das Licht gewöhnen. Hal stand dermaßen da, die Hände erhoben. Im Flackern der Fackeln konnte er die Gesichter unterscheiden: der Berghauptmann, Lud Wohl, Alec Stone, Jake Pedrovich und noch zwei oder drei andere waren in die Hölle gedrungen.

„Nun Leute!“ — sagte Cotton schließlich — „Ihr seid doch die Kerle, die einen Wagenschreiber haben wollen? Und das ist der Mann, den ihr gewollt habt? Stimmt das?“

Keine Antwort.

„Ich will euch nun beweisen, was für ein Mensch das ist. Er kam heute zu Herrn Stone und bot ihm an, euch zu verkaufen.“

„Das ist eine Blöde!“ — sagte Hal ruhig.

„Er hat zu diesem Zweck von Herrn Stone Geld genommen“ — beharrte der Berghauptmann.

„Das ist eine Blöde!“ — wiederholte Hal.

„Er trägt das Geld bei sich!“ — rief der andere.

Da wandte sich Hal zu den Arbeitern und rief: „Sie wollen mich euch verdächtig machen, Jungens; laßt euch nicht zum Narren halten.“

„Schweigend Sie!“ — befahl der Berghauptmann. „Ich werde es euch beweisen; er hat das Geld bestimmt bei sich. Jake, durchsuchen Sie ihn.“

„Ragt auf, Jungens!“ — rief Hal. — „Sie werden mir das Geld in die Taschen stecken!“ — Dann zum alten Mike, der zornig vorgezungen war: „Schon gut, Mike, lassen Sie sie nur!“

„Richten Sie Ihren Kopf aus, Jake!“ — befahl der Berghauptmann. „Streifen Sie die Hemdmäkel zurück, zeigen Sie Ihre Hände!“

Das Ganze geschah der Vorstellung eines Zauberkünstlers; der Kleine Jake zog den Kopf aus, und streifte die Fäuste bis über die Schultern zurück. Er zeigte den Zuschauern seine Hände, dachte sie nach vorn und hinten; dann schritt er langsam auf Hal zu wie ein Hypnotiseur, der sein Medium einschläfern will.

„Wobachtet ihn!“ — sagte Cotton — „Ich weiß, daß er das Geld bei sich trägt.“

„Ragt auf!“ — rief Hal — „er wird es mir zustellen!“

„Hände hoch, junger Mann!“ — befahl der Berghauptmann.

„Zurück da!“ — rief zu Mike Skoria und den anderen Zuschauern, die sich näher drängten, einander über die Schultern fassen.

„Damals war alles tiefer.“, später jedoch, wenn Hal die Szene überdachte, mußte er lachen bei der Erinnerung an Pedrovichs gewaltige Gestalt, der beim Durchsuchen sich so weit wie möglich von Hal fernhielt, damit alle sehen, daß das Geld tatsächlich aus Hals Tasche kam. Zuerst wurden die Innentaschen, dann die Hemdtaschen durchsucht; es folgte langsam auf den Höhepunkt hingearbeitet werden.

„Richten Sie sich um!“ — befahl Cotton: Hal tat es und Pedrovich durchwühlte die Hosentaschen. Er nahm der Reihe nach eine Uhr, einen Kamm, einen Spiegel und ein Taschentuch heraus. Nachdem er diese Dinge betrachtet und sie in die Höhe gehalten hatte, warf er sie auf den Fußboden. Als er Hals Hüfte öffnete, empfand atmendende Spannung die Umstehenden. Dank der Gier der Gesellschaft erhellte die Lampe einige Kupfermünzen; Pedrovich schloß sie und warf sie zu Boden.

„Marke, er hat noch nicht alles durchsucht!“ — rief der Bergmeister. „Er hat irgendwo das Geld, Jungens! Haben Sie schon in den Hosentaschen nachgesehen, Jake?“

„Noch nicht!“ — erwiderte Jake.

„Schauen Sie genau!“ — rief der Berghauptmann. Alle lehnten sich neugierig vor und Pedrovich ließ sich auf ein Knie und durchsuchte erst die eine, dann die andere Tasche.

„Er zog die Hand wieder zurück und die verbläute Enttäuschung seines Gesichtes war so offensichtlich, daß Hal ein Schenken kaum vorbeikommen konnte. „Es ist nichts da!“ — erklärte er.

„Wie?“ — rief Cotton und die beiden starrten einander an.

„Bei Gott, er ist es irgendwie losgeworden!“

„Ich habe kein Geld bei mir, Jungens!“ — erklärte Hal. „Sie wollen uns zum Narren halten.“

„Er hat es verbleckt!“ — brüllte der Berghauptmann. „Finden Sie es, Jake!“

Aber Pedrovich suchte nochmals, rasch, bedend vor sich. Jetzt dachte er nicht mehr an die Zuschauer, ihm war nur um das schöne Geld leid. Hal mußte den Kopf ausziehen, Jake trennte das Futter auseinander, küßte Hals Hosentaschen auf, griff hinein, durchwühlte die Hölle.

Erst allem Suchen kam kein Geld zum Vorschein, die Sucher standen verbläut und ratlos. „Er hat euch für fünfundsiebenzig Dollars an Herrn Stone verkauft!“ — behauptete hartnäckig der Berghauptmann. — „Jegendswo hat er sich das Geld entbleckt.“

„Jungens!“ — rief Hal — „man hat einen Spion hergeschickt und ihm befohlen, mir Geld in die Tasche zu schmuggeln.“ Dabei blickte er Apollonias an und sah, wie dieser aufschmal und ein paar Schritte zurückwich.

„Der war es! Der ist ein Spion!“ — rief der alte Mike. — „Ich wette er trägt das Geld noch bei sich!“ — und er versuchte, in die Nähe des Erickens zu gelangen.

Der Hauptmann erkannte, daß der Augenblick gekommen sei, da bei diesem Drama der Vorhang fallen mußte.

„Geht dieses Blödsinn!“ — sagte er kurz. — „Her mit dem Kerl!“ Im nächsten Augenblick hielten zwei Hal bei den Handgelenken, während ihm ein dritter am Rücken packte. Noch ehe die Vergleute zur Bestimmung kamen, war das Opfer bereits aus der Hölle geschleppt worden.

(Fortsetzung folgt.)

Nachklänge zum englischen Streik.

Die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ befaßt sich mit dem Verlauf des Kohlenkampfes der englischen Bergarbeiter. Die linkssozialistische Presse fabuliert von einem „Dorset der Führer“ an den Bergarbeitern, die rechtssozialistische Presse von einer Kapitulation der Führer und einem „Aufkommenbuch“ des Bergarbeiterstreiks. Auf beiden Seiten ist offenbar der Wunsch der Mäxer des Gebrauchs. In Wirklichkeit konnte davon die Rede nicht sein.

Die englische Kohlenausfuhr wurde vom Wettbewerb mit der Ruhrkohlenausfuhr immer mehr bedrängt, so daß sie auf etwa ein Drittel des Friedensstandes zurückgegangen war, weshalb die Preise aufhoben nach den Selbstkosten sich noch den Preisen der Ruhrkohlen anpaßten.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ zitiert schon einen Bericht des Generaldirektors der „Nationalen Volkszeitung“ vom 2. Juli, der von Erfolg des letzten Komplexes wie folgt beurteilt:

„Während es auch nicht die rechtliche Erfüllung aller Forderungen für die Arbeiter, so doch die Vergütung heute doch zufrieden sein mit dem Erreichten, und so nicht nur die Arbeiter und die Regierung, sondern auch die Arbeitgeber als die Grundlage eines dauerhaften Friedens ersehen. Schritt für Schritt müßten die Angelegenheiten von beiden Seiten abgeräumt werden. Das eine läßt sich doch heute auch mit Zustimmung ersehen. Können die Regierung und die Arbeiter die jetzt gemachten Kompromisse Ende März annehmen, so würde der Streik nicht zum Ausbruch gekommen und England hätte nicht eine vom Bergarbeiterstreik von durchschlagendem Erfolg. Ein solches Abkommen wäre nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Regierung vorteilhaft. Die Arbeiter hätten die Vergütung nicht verweigert, die Ende März von den Bergarbeitern gemachten Forderungen wären aber teilweise erfüllt worden. 12 bis 15 Proz. (im Juli 2 im August 1,5 im September 3 Gehalt pro Tonne).“

Was für die Arbeiterklasse eine größere Bedeutung besitzt, ist der Ausbruch eines Landes-Parlamentarismus. Die Wahlen am 20. März über den im Juli 1914 bezahlten Löhnen.

70 bis 80 Proz. der Bergarbeiter zum Gesamtanteil von 17 Proz. Löhne und 80 Proz. des sogenannten Surplusprofits, d. h. des Gewinns, der nach Abzug des von den Besitzern verlangten politischen Mindestgewinns übrig bleibt, während der Rest den Arbeitern zufällt.“

„Während es auch nicht die rechtliche Erfüllung aller Forderungen für die Arbeiter, so doch die Vergütung heute doch zufrieden sein mit dem Erreichten, und so nicht nur die Arbeiter und die Regierung, sondern auch die Arbeitgeber als die Grundlage eines dauerhaften Friedens ersehen.“

„Während es auch nicht die rechtliche Erfüllung aller Forderungen für die Arbeiter, so doch die Vergütung heute doch zufrieden sein mit dem Erreichten, und so nicht nur die Arbeiter und die Regierung, sondern auch die Arbeitgeber als die Grundlage eines dauerhaften Friedens ersehen.“

„Während es auch nicht die rechtliche Erfüllung aller Forderungen für die Arbeiter, so doch die Vergütung heute doch zufrieden sein mit dem Erreichten, und so nicht nur die Arbeiter und die Regierung, sondern auch die Arbeitgeber als die Grundlage eines dauerhaften Friedens ersehen.“

„Während es auch nicht die rechtliche Erfüllung aller Forderungen für die Arbeiter, so doch die Vergütung heute doch zufrieden sein mit dem Erreichten, und so nicht nur die Arbeiter und die Regierung, sondern auch die Arbeitgeber als die Grundlage eines dauerhaften Friedens ersehen.“

„Während es auch nicht die rechtliche Erfüllung aller Forderungen für die Arbeiter, so doch die Vergütung heute doch zufrieden sein mit dem Erreichten, und so nicht nur die Arbeiter und die Regierung, sondern auch die Arbeitgeber als die Grundlage eines dauerhaften Friedens ersehen.“

„Während es auch nicht die rechtliche Erfüllung aller Forderungen für die Arbeiter, so doch die Vergütung heute doch zufrieden sein mit dem Erreichten, und so nicht nur die Arbeiter und die Regierung, sondern auch die Arbeitgeber als die Grundlage eines dauerhaften Friedens ersehen.“

Der Bootsmotor.

Das Bestreben, die Unverträglichkeit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse durch Zufuhrung alles Scharfsinns soweit wie möglich zu mildern, hat schon zu vielen Neuerungen geführt, besonders auf technischem Gebiet. Manches können wir verbessern durch Erfindung; bei andern Dingen aber ist es wiederum zunächst, technische Neuerungen allmählich und in kleinen Ausgestaltungen vorzunehmen. Das ist zum Beispiel im Verkehr der Fracht, bei dem maschinellen Antrieb von Booten, die in Hunderten von Exemplaren zur Großflotten-, Binnen- und Küstfahrt, in der Fischerei und zu vielen andern Zwecken schon heute unentbehrlich sind und jedenfalls eine große Zukunft haben. Nach der früheren Entwicklung hätte man erwarten müssen, die Fortbewegung von Booten entweder die Dampfmaschine oder den Elektromotor zu sehen; statt dessen aber beherrschte die Kleinmotoren der Explosionsart. Die Bedeutung der letzteren ist aber bereits erlangt, läßt es wiederum erscheinen, die Entwicklung einer so wichtigen Maschine in allgemeinen Umriß zu betrachten.

Wir gehen dabei von zwei Motoren aus, die seit der Erfindung von Otto seinen Motor in den letzten Jahren bis jetzt zum Antrieb kleinerer Boote verwendet wurden, den gewöhnlichen Gasmotor und den Dampfmaschine. Zunächst die Dampfmaschine. Diese Maschine hat den großen Vorteil, daß sie im Gegensatz zur Dampfmaschine einen Dampfdruck erzeugt, der über die Erzeugung des Dampfes hinaus keine weitere Arbeit erfordert, während es von außen die Wärme einer Dampfkammer aufzunehmen vermag.

erklärt der Bergbauminister Bradman im „House of Commons“: Es wurden eingeführt aus Amerika 396 000 Tonnen, aus Frankreich 480 000 Tonnen, aus Belgien 495 000 Tonnen, zusammen 1 371 000 Tonnen. Soviel für den Bergarbeiter in anderthalb Jahren. 180 000 Tonnen deutsche Kohlen wurden von Frankreich und Belgien nach England ausgeführt.

Was ist der Erfolg für die Arbeiter? Wilhelm Strödel, Führer von Northumberland sagt: der Minimallohn eines Arbeiters darf nicht unter 30 Prozent von 1914 sein; und das ist erreicht. Außerdem die Teilung des Profits: für die Werksleiter 17, für die Arbeiter 83 Prozent. Das hat uns einen Schritt näher zur Nationalisierung gebracht. So wie die Engländer die ersten waren, die die gesetzliche Haftpflicht (1908) bekamen, so werden sie auch wohl die ersten sein, die zur Ausschaltung der Profitkapitalisten kommen, und zwar trotz ihrer Einigkeit.“

Aus Pommern.

Ausbruch eines Generalstreiks in Neustadt.

Die ungeheure Preissteigerung aller Lebensmittel in Neustadt (Pommern) zwang die dortigen Gewerkschaften im vergangenen Sonnabend den Generalstreik auszurufen. Auf dem Marktplatz fand eine große Demonstration statt, wodurch die Stilllegung sämtlicher Betriebe veranlaßt wurde. Im Anschluß daran wurden die Geschäfte gezwungen, ihre Türen zu schließen. Da die Bewegung auch auf das Landgebiet Übergang, haben die Hafenarbeiter in Obingen beschlossen, ebenfalls zu streiken. Die Eisenbahner werden wohl in den gewerkschaftlichen Kampf eingreifen, damit der Protest gegen die Wucherpreise mehr Wirksamkeit erlangt. Die Lebensmittelkrawalle in Lodz und Polen waren ein getreues Spiegelbild dessen, das es in Polen trotz des Zuwachses von ungeheuren Gebieten, in denen die Landwirtschaft eine große Rolle spielt, nicht gelungen ist, die nötigen Lebensmittel aufzubringen.

Ausführungen in Polen. Mittwoch abend kam es nach einer von der polnischen Nationalen Arbeiterpartei nach Bernhardsburg einberufenen Abgeordnetenversammlung auf dem Alten Markte zu schweren Ausschreitungen. In der von 30 000 Personen beiderlei Geschlechts besuchten Versammlung hatte der Sejmabgeordnete Kuber den Rücktritt des Ministerpräsidenten Witos und des Ministers für das ehemals preussische Teilgebiet Kucharski gefordert. Der Sejmabgeordnete Berg hatte sich unter lebhafter Zustimmung der Versammlung gegen die Einführung des Freihandels ausgesprochen, und ein dritter Redner hatte eine bessere Wanderversorgungsorganisation für die aus Deutschland zurückkehrenden Polen nach dem deutschen Vorbild befohlen. Schon während der Versammlung kam es zu heftigen Vorwürfen gegen Polizeibeamte. Nach der Versammlung zogen Laufende von Menschen durch die Große Verberstraße und Breitenstraße nach dem Alten Markte, wo an ausschließlich polnischen und zwei jüdischen Geschäften 18 große Scheuklappen zertrümmert und die Schaufenster zum Teil ausgeplündert wurden. Der Schaden beläuft sich auf mehr als 1 000 000 Mk.

Verbrecherjagd bei Diebstahl. Der hiesigen städtischen Kriminalpolizei ist es gelungen, den seit längerer Zeit von der Staatsanwaltschaft Stargard gesuchten verurteilten Schieber, früheren Heister Georg Dieckhoff, dessen Namen vor einiger Zeit wegen Ausübung dieses Gewerbes hier oft genannt wurde, in den Getreidefeldern zwischen Damerow und Diebenhof zu ermitteln und festzunehmen. Dieckhoff war vor einem Jahre hier flüchtig geworden und trieb sich seitdem im Kreisgebiet Danzig umher, wo er durch Weiterübung dieses Gewerbes namentlich die dortigen Grenzorte unsicher machte, bis er es nun wieder verfaßte, in die hiesige Gegend „herüberzuweichen“, was ihm aber zum Verhängnis wurde. Ein großes Reiffeldtreiben war, nachdem man von seiner Anwesenheit unterrichtet worden war, gegen ihn ausgetrieben worden, zu Pferde, per Rad und zu Fuß wurde er von der Bevölkerung gesucht und auch in den Feldern entdeckt, worauf eine wilde Jagd durch Felder, ja durch den Mühlengraben und durch die Wälder hinter ihm einsetzte. Mit allen Tricks verfuhr er, seinen Verfolgern zu entkommen, doch wurde er schließlich gestellt und überwältigt. Er wurde in das hiesige Polizeigefängnis gebracht und wird der Staatsanwaltschaft Stargard zugeführt werden.

Parteinachrichten.

Eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft. Die SPD. und die U.S.P. des östlichen Stadtparlamentes haben in einer gemeinsamen Sitzung ihrer Stadtvorstandsfraktionen und ihrer Parteivertrauensleute eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft gegründet. Zu allen Vorlesungen des Magistrats soll die Arbeitsgemeinschaft gemeinsame Stellung nehmen. Gegenstandsfall soll Fraktionszwang angewandt werden. Die Kommunisten gehören dieser Vereinigung noch nicht an, doch schweben Verhandlungen mit ihnen, um sie zum Beitritt zu bewegen. Die Anregung zu der Arbeitsgemeinschaft ging von der U.S.P. aus.

sie vom Leuchtgas vollständig frei zu machen. Schon vor Ottos verbeßertem Motor tauchten einmal Maschinen auf, die mit Petroleum gespeist wurden, und später suchte man mit immer besserem Erfolg die Explosionsmotore anstatt mit Leuchtgas mit den brennbaren Dämpfen poffender Flüssigkeiten zu betreiben. An das billige und heizkräftige Lampenpetroleum dachte man zuerst wieder und nannte derartige Maschinen allgemein auch Petroleummotore, obwohl man das Petroleumbestillat Benzol bevorzugte, ebenso Nigroin und Benzol. Während Petroleum und Spiritus wegen ihres höheren Siedepunktes nur unter Erhitzung sich in Dampf verwandeln, verdunstet Benzol bereits in gewöhnlicher Temperatur genügend und bei mäßiger Wärme so reichlich, daß es im Motor jederzeit die benötigten Dämpfe liefert. Darum behauptete sich der Benzolmotor dauernd neben dem eigentlichen Petroleummotor. Solche von einem Gasrohrnetz völlig unabhängige Maschinen waren großartig geeignet für fahrbare Anordnungen, als Motorradmaschinen usw. Um bei kleinen einem ruhigeren Gange zu erzielen, war es besser, die bereits von Otto bestehende einzylinderigen Motore umzuformen, also die rotierenden Massen tiefer zu lagern und den Pleuelstange über zu beschleunigen. Damit war schon diejenige Bauart erreicht, die bei der Bauart von Daimlermaschinen einzig in Betracht kommt und bald die ersten beiden zylinderigen Petroleummotoren gegeben hat.

Die zweite Gruppe, die Benzolmaschinen, sind die, die man heute an jeder Stelle besonders beliebt in der Automobil- und Motorwagenindustrie findet. Auf der Grundplatte mußte ein zylinderförmiges Gehäuse, das ein festes Eisen-

Bewerkschaftliches.

Fritz Schröder †. Der Hauptvorsitzende des Zentralverbandes der Zimmerer, der in Hamburg seinen Sitz hat, ist in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend einem schweren Leiden erlegen. Schröder war am 4. Oktober 1857 in Hamburg geboren, hat also im Alter von fast 64 Jahren erreicht. Seit 1860 stand er an der Spitze seiner Berufsorganisation. Mit ihm, der nie viel von sich reden machte, um so schlichter aber seiner Verbandsfähigkeit oblag, ist wieder einer von den alten Mäxern der Gewerkschaftsbewegung dahingegangen. Sein Andenken wird über den Kreis seiner Berufsgenossen hinaus in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gemehrt bleiben.

Ernst Oduard Bauer †. Aus Berlin kommt die Kunde, daß der bisherige 2. Bezirksleiter des 1. Bezirks des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ernst Bauer, am Sonntag, den 17. Juli cr., mittags gestorben ist. Bauer war auch den Danzigern, insbesondere den Metallarbeitern kein Unbekannter.

Arbeiterbewegung.

Verbreitung des Streiks in Lodz. Die Zahl der Streikenden in Lodz nimmt beständig zu. Den Textilarbeitern haben sich auch die Strickwarenhersteller angeschlossen. Die Verhandlungen zwischen den Textilarbeitern und den Besitzern wurden abgebrochen. Den Arbeitern wurde eine Lohnsteigerung von 30 Proz., dem Hilfspersonal eine Erhöhung von 50 Proz. zugesagt. Am 18. Juli löst in Lodz die Nummer einer Zeitung 19 177 (polnische Wirt.). — In das Gebiet von Lodz wurden drei Infanterieregimenter und Maschinen-gewehrabteilungen geschickt, weil das Aufheben der Textilarbeiter mit fast bolschewistischem Einschlag eingeleitet haben. Diese Maßnahmen setzten erst ein, als durch den raschen Weggang der Polizei die Lebenshaltung der Arbeiter erheblich verschlechtert wurde. Die Industriellen lehnten Verhandlungen ab, so daß die Arbeiter mit oder ohne bolschewistischem Einschlag zum Streik gezwungen waren. Das Vorgehen gegen die Streikenden ist durch diesen Vorwand höher nicht gerechtfertigt. Über den Tilfakt ist der Ausschuss in Lodz verhängt. Es ist also alles geschehen, den Streik mit Gewalt zu unterdrücken.

Aus aller Welt.

Die schwarze Schmach im Rheinland. In der Mittagsstunde des 14. Juli wurde eine 19-jährige Kontoristin auf dem Wege von Opladen nach Bürring von einem französischen Soldaten angesprochen und gepackt und zu Boden geworfen. Zweimal gelang es dem Mädchen, sich zu befreien und davon zu laufen, zweimal wurde es wieder niedergeworfen und schließlich, nachdem ihm ein Taschentuch in den Mund gesteckt worden war, nach heftigster Gegenwehr vergewaltigt. Als einige Frauen kamen, ergriff der Schänder die Flucht, wurde aber später von einem Oberlandjäger verhaftet. Bei einer späteren Gegenüberstellung erkannte das Mädchen den Soldaten an verschiedenen Kratzenwunden im Gesicht mit Bestimmtheit wieder. Der Regierungspräsident von Düsseldorf ist bei General Henneque vorstellig geworden. — Am Abend des 8. Juli wurde in der Rheinstraße in der Nähe des Restaurants Rheindorf ein 23-jähriges Mädchen von drei französischen Soldaten überfallen, niedergeworfen, an Händen und Füßen gehalten und unter der Drohung, daß es beim geringsten Laut erschossen werde, von jedem der drei Soldaten vergewaltigt. Darauf verschwanden die Übeltäter spurlos und konnten nicht festgestellt werden.

Hohe amerikanische Offiziere gegen die schwarze Schmach im Rheinland. Die kürzlich verübte Schandtat französischer Kolonialsoldaten in Boppard am Rhein hat in englischen und amerikanischen Offizierskreisen ungeheures Aufsehen erregt. Hohe amerikanische Offiziere äußerten die Ansicht, daß nur durch exemplarische Befragungen, sofortiges Erschießen solcher Wüstlinge diesem Treiben ein Ziel gesetzt werden könne.

Was bei der Fortkoffel abspriingt. Der Salome-Fortrott, der heute überall die Herrschaft ausübt, hat seinem (in Wien lebenden) Schöpfer Robert Scholz isher ein Geldehonorar von nicht weniger als 32 Millionen deutsch-österreichische Kronen eingebracht. Der Einfall einer glücklichen Stunde, eine Melodie, ein Rhythmus, der sich einschmeichelt, und die tanzlustige Welt antwortet mit einem Millionenbetrag.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz, vor allem in der Metallindustrie, hat eine weitere Verschärfung erfahren. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 160 000 gestiegen. Verschiedene größere Maschinenfabriken haben Betriebsstellungen angeündigt, andere werden künftig nur mit verringerter Stundenlohnzahl arbeiten, so daß die Situation sich weiter verschärfen dürfte.

gehäuse, in dem die zweifach gebogene Kurbelwelle verborgen war, die auf ihrem hinteren herausragenden Ende ein kleines Schwungrad und vorne die Drehvorrichtung trug. Auf dem Gehäuse erhoben sich frei die beiden senkrechten Zylinder, die unten mit einem ringförmigen Bund an der Oberseite des Gehäuses befestigt waren. Auch die Einzelheiten der Mechanismen, Ventilsteuerung usw., waren im Prinzip den heutigen schon sehr ähnlich, ebenso die Arbeitsweise. Bekanntlich besteht sie aus vier fortwährend aufeinanderfolgenden Prozessen. Mit dem ersten Hub des Kolbens abwärts strömt das explosive Gemisch aus Luft- und Brennstoffdampf in den Zylinder. Der zweite Hub aufwärts preßt das Gasgemisch zusammen, bis im letzten Augenblick die künstliche Zündung und Explosion erfolgt, deren weit stärkerer Druck den Kolben im dritten Hub unter Kraftentfaltung abwärts schiebt. Der vierte Hub aufwärts findet das Auspuffventil offen, und die noch heißen Verbrennungsabfälle werden in einen leeren, durch ein Rohr mit der Außenluft verbundenen Behälter (Auspufftopf) abgeführt. Da in dem Viertakt nicht nur ein Kraftentfaltung der Hub vorkommt, beharrt der Motor im übrigen nur durch die lebendige Kraft des Schwungrades in seiner Rotation. Das Gasgemisch wurde in den ersten Daimlermotoren in dem seitwärts orientierten, vertikal-maschinenförmigen Pleuelstange dadurch gebildet, daß die von den heißen Auspuffgasen vorerwärmte Luft in Wälen durch das Benzol fließte. Die Entzündung des Gemisches geschah im Zylinder mittels Kathrodes, einem feuerfesten Röhren, in das innerhalb ein wenig Gas im letzten Kompressionsmoment eintrat, während es von außen die Wärme einer Dampfkammer aufzunehmen vermag.

Danziger Nachrichten.

Milchnotiz im Freistaat.

Das ungünstige Wetter dieses Sommers lässt den Landwirten nicht den Milchsertrag, wie sie es sonst um diese Jahreszeit gewohnt sind. Die lang anhaltende Dürre ließ das Gras auf den abgeweideten Weiden nicht über nur sehr langsam nachwachsen. So ist teilweise schon Futterknappheit eingetreten, was nicht reichliche Weiden zur Verfügung stehen. Diese Zustände werden dazu benutzt, den Preis der Milch gewaltig in die Höhe zu bringen. Die Kuhhandelsstelle wird nur unbedeutende Mengen von Käse zur Ausfuhr freigegeben haben. Aber schon diese Tatsache allein, daß Käse freigegeben wurde, hat genügt, eine milde Spekulation in den Käsefabriken auszulösen. Bei ihnen besteht die Hoffnung, wenn ein Ueberangebot von Käse vorhanden ist, beim Senat mit seinem agrarischen Vorschlag ein williges Ohr zu finden. Die Käsefabriken bieten den Bauern für die Milch 2 Mark an Stall. Das ist den Molkereien, welche frische Milch für die Stadt liefern, schwer fällt, bei diesen Preisen Lieferanten für Milch zu bekommen, ist nicht zu verwundern. Bisher war es der Firma Dohm noch gelungen, durch günstigen Abschluss von Lieferungsverträgen in der Höhe der Stadt in ausreichendem Maße Milch zu erhalten. Schon lange haben fast alle übrigen Molkereien höhere Preise verlangen müssen, weil sie mit größeren Transportkosten zu rechnen hätten. Ein harter Kampf um den Lieferanten scheint sich abgespielt zu haben. Uns ist ein Rundschreiben der Firma Dohm auf den Tisch gekommen, in dem sie Lieferanten einen Preis von 1,80 Mark an Stall bietet. Dieser Preis soll am 1. August auf 1,80 Mark erhöht werden. Der Verkaufspreis soll dann 2 Mk. und 2,80 Mk. betragen. Da die Firma mit weiter steigenden Milchpreisen rechnen, will sie ihren Lieferanten diesen Preis von Monat zu Monat mitteilen.

Über selbst dieses Ueberwerben mit steigenden Preisen scheint ohne Erfolg geblieben zu sein, denn die Firma mit wegen Mangel an Milch ihre Verkaufsstelle in Danzig mit dem morgigen Tage schließen.

Wieder ein Erfolg des Senats in seiner Wirtschaftspolitik, dem sich bald andere anschließen werden. Die Getreidebauflächen sind in diesem Jahre zurückgegangen, die Mühlenerträge haben sich vermehrt. Zucker werden wir zur Ausfuhr zwar bekommen, aber das Brot dafür um so teurer bezahlen müssen. Milchpreiserhöhung, Brotpreiserhöhung, Wohnsteuer, Erhöhung der Einkommensteuer und daneben das Verstreben der Unternehmer, jede Lohnerhöhung zu verhindern, das sind die Zweige in der Zukunft, die sich die Danziger bei den Wahlen zum Volkszuge selbst gebunden haben.

Kauf der Interalliierten Kommission in Danzig.

Der Vorsitzende der Interalliierten Kommission für die Verteilung des ehemaligen deutschen Staatseigentums General, und der englische Delegierte derselben Kommission, Carr, sind gestern von Warschau nach Danzig zurückgereist.

Amerikaner werden das Danziger Külvandereilager besichtigen. Zur Aufgabe des Präsidenten Harding bereit gegenüber der Amerikaner Tod die europäischen Külvandereilager. Er wird auf seiner Reise, die ihn nach Antwerpen, Rotterdam, Bremen, Hamburg usw. bringt, auch Danzig einen Besuch abstatten. In Anwesenheit wurde vor allem die Desinfizierung des Gepäcks in Danzig besprochen. Zu diesem Zweck hat man nun hier Versuche mit Glühstoffgasen angestellt, die praktisch erprobt, eine gute Wirkung erzielt haben. Einige Haare mit Käusen wurden in eine gut verschlossene Glasbüchse gesteckt, diese mit einer dreifachen Luftumhüllung umgeben. Das Ganze kam dann in eine Holzbox und wurde hier eine Stunde lang dem Gas ausgesetzt. Als die Box nach dieser Zeit geöffnet wurde, waren alle Tiere getötet. Man glaubt, daß mit dieser Art Desinfektion nicht nur die Käuse, sondern auch die Eier der Käuse, die an den Haaren haften, getötet werden. Die amerikanische Regierung hat neuerdings durch ein Gesetz bestimmt, daß monatlich nur 4000 Polen nach den verschiedenen Elanzen einwandern dürfen. Ein anderer Amerikaner hat behauptet,

im Falle der amerikanischen Regierung... (Text is very faint and partially illegible)

Stellung der Arbeiter im Freistaat. Wie wir erfahren haben, ist am letzten Sonnabend... (Text is very faint and partially illegible)

Die Arbeiter. Die deutsche Marineleitung... (Text is very faint and partially illegible)

Verhaftung des Gelehrten. Verschwunden ist seit dem 11. d. Mts. der 14 Jahre alte Zimmerlehrling Johannes Schreiber, wohnhaft Stolberg 14. Er wurde am genannten Tage 10 Uhr vormittags von seiner Lehrstelle aus, Baumallee 4, nach dem Sandweg geführt, um von dort ein Brett zu holen; von diesem Zeitpunkt, fehlt von ihm jede Spur. Vermutet wird, daß er sich auf ein Schiff begeben hat. Er ist 1,50 Meter groß, kräftig, hat blondes Haar. Er ist bekleidet mit hellblauen (franz.) Jackett, braungefärbter Hose, braunen Gummischuhen und Infanterie-Grünmantel. Besondere Kennzeichen: 2 Zentimeter lange Narbe der linken Kopfhälfte. Zweifelhafte Mittelstellung seitlich Kniegelenks, Abheilung 1 a.

Rechnisten und Gelehrte. Das Bureau des Zentralverbandes der Rechnisten und Gelehrte ist vom 18. Juli bis 1. August vorzeitig geschlossen.

Polizeibericht vom 18. Juli 1921. Festgenommen: 18 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 2 wegen Hehlerei, 2 wegen Unterschlagung, 1 wegen Widerstands, 1 wegen Sachbeschädigung, 2 wegen Betrugs, 9 in Polizeigast.

Veranstaltungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Elbe.

1. Bezirk. Am Dienstag, den 19. Juli, abends 7 Uhr, in der Kassa Post, Poststraße 111: Bezirksversammlung. 1. Vortrag des Genossen Waffens. 2. Quartalsrechnung. 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

2. Bezirk (Bangfuhr). Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Prof. Brunsdorfer Weg 86: Bezirksversammlung. Da wichtige Fragen, besonders die Jugend betreffend, auf der Tagesordnung stehen, werden alle Genossinnen und Genossen die Kinder im fraglichen Alter haben, besonders aufmerksam gemacht.

Verein Arbeiter-Jugend Danzig. Mittwoch, den 20. Juli: Unterhaltender Abend. Leiter: Karsth. Woch.

Kinderanstellung. Morgen Mittwoch, geht es unter Führung der Frauenkommission nach dem Grängärtel. Abmarsch pünktlich 2 Uhr von der Markthalle.

Verband der Gemeinde- und Hausarbeiter. Versammlung für alle in häuslichen Grundstücken und Schulen beschäftigten Hausarbeiterinnen am Mittwoch, den 20. Juli, abds.

Einige in Danzig... (Text is very faint and partially illegible)

Stabsarzt vom 18. Juli 1921. (Text is very faint and partially illegible)

Geistiger Preisstand in Danzig.

Danziger Markt (Wag. 4,10) 4,20	am Freitag 4,20
Danziger Markt (Wag. 4,10) 4,20	am Freitag 4,20
Danziger Markt (Wag. 4,10) 4,20	am Freitag 4,20
Danziger Markt (Wag. 4,10) 4,20	am Freitag 4,20
Danziger Markt (Wag. 4,10) 4,20	am Freitag 4,20

BORG CIGARETTEN

für Qualitäts-Raucher

Waffenhandelsnachrichten am 18. Juli 1921.

Waffenhandelsnachrichten	gestern heute	gestern heute
Amerikaner	0,97	0,99
Danziger	0,75	0,75

Letzte Nachrichten.

Eine Adresse der Memelländer... (Text is very faint and partially illegible)

Memel, 18. Juli. Die Führer sämtlicher großen Berufsgruppen des Memellandes übergeben heute dem Oberkommissar des Memelgebietes eine in Form einer Adresse geformte Entschlossenheit, worin es heißt: Die überkommene Mehrheit der memelländischen Bevölkerung hat den Wunsch, das memelländische Volkstum in einem selbständigen Staatsgebilde zu erhalten. Wir verlangen einmütig und mit aller Entschlossenheit: 1. bei den Verhandlungen über das Memelgebiet gehört zu werden; 2. nachdem wir den zwingenden Beweis erbracht haben, daß das Memelgebiet sprachlich und wirtschaftlich durchaus lebensfähig ist, die volle Selbständigkeit des Memelgebietes; 3. wir erbiten daher die alsbaldige Erklärung des Memelstaates zu einem freien Staat unter dem Schutze eines Entente-Staates; 4. wir wollen politisch weder Litauern, noch Polen zugeordnet werden, sondern andererseits unsere aufrichtige Bereitwilligkeit mit allen Nachbarländern Handelsverträge abzuschließen. Wir sind bereit, Deutschland, Litauen, Polen und Lettland die freie unbehinderte Benutzung unserer Eisenbahnen, Wasserstraßen und des Memeler Hafens einzuräumen. Der Präsident der Handelskammer Josef Kraus überreichte die Entschlossenheit mit der Bitte, sie an die Reichskammertagung weiterzuleiten und sich auch persönlich für dieses Programm der Memelländer bei den zuständigen Stellen nachdrücklich einzusetzen. Der Oberkommissar erklärte, daß die Entschlossenheit eingehend und allein bei der Reichskammertagung liegt. Anmerkung des O.K.: Der Wunsch der Memelländer, unter dem Schutze eines Entente-Staates zu kommen, ist offensichtlich auf die Befürchtung zurückzuführen, daß das Memelgebiet unter dem Schutze Litauens oder Polens kommen könnte.

Verantwortlich für Inhalt Dr. Wilhelm Holz... (Text is very faint and partially illegible)

Zoppoter Stadttheater.

„Kosmischerhölzer“ Schauspiel in vier Aufzügen von Henrik Ibsen. Johannes Kosmer, Professor Ferdinand Gregori.

Eine nicht geringe Zahl von anerkannten Kunstschaffenden glaubt heute schon Ibsen zum alten Eisen werfen zu können. Wenn jedoch sein künstlerisches Lebenswort den schärfsten kritischen Anforderungen nicht immer standhält, so heißt es dabei nur das Schicksal jedes künstlerischen Schaffens überhaupt, dessen Subjektivität seine Schwäche, noch viel mehr aber auch sein Vorzug ist. Es ist uns heutigen ein Leichtes, in jedem Schalksbesessenen Drama die mannigfachen dramaturgischen Fehler zu entdecken. Ibsen, der das moderne europäische Drama über Gebel hinaus zu etwas selbsther nie mehr erreichten Gipfelpunkte geführt hat, der die Bühnentechnik von Grund auf revolutioniert hat und dadurch der Kunst der gesamten modernen dramatischen Kunst geworden ist, braucht den strengsten kritischen Maßstab nicht zu scheuen und erweist eben dadurch die unverweifelliche Größe seiner genialen Schöpfungen.

Das Geheimnis der podenden Wirkung eines Ibsenschen Schauspiels liegt darin, daß der Dichter in die verborgenen Tiefen der Menschenseele hineinleuchtet und die inneren Kämpfe und Widersprüche im Denken und Handeln äußerlich noch so harmonisch erscheinender Naturen unserm Verständnis und unserer Teilnahme nahebringt. Seine Hauptpersonen sind größtenteils halbe Felder, die im Konflikt zwischen Willen und Außen bei der Erreichung ihres Zieles scheitern, innerlich freie Menschen und harmonischste Persönlichkeiten im Gesellschaftlichen zu werden. Einmal Unstetigkeit und Freibleibigkeit, bisweilen geradezu Unüberwindlichkeit ist ihnen eigen. „Kosmischerhölzer“ ist dafür ein besonders charakteristisches Beispiel. Johannes Kosmer ist eine Gabelgabel mit überaus nerven und einem idyllischen Mangel an Robustheit der Besinnung und ein willkürlich der Seele und Instanz, der an der Reinheit und Kohärenz der Wirklichkeit zerbricht.

Ein pessimistischer und resignierender Grundzug beherrscht Ibsens Lebensanschauung und spricht aus allen seinen Werken. Dabei ist er bei aller das Alltagsleben in subtiler Weise widergebenden Naturalistik seiner Bühnentechnik ein von tiefer Sehnsucht, die bisweilen bis zur Schwärmerie gesteigert ist, erfüllter Mensch. Ja, ein echter Romantiker mit einem starken Gange zur Phantasie und Symbolik. Die weißen Hölzer von Kosmischerhölzer und die mit besonderer Liebe gezeichnete Abenteuergeschichte des

Rebensdankverweigerung... (Text is very faint and partially illegible)

Die Aufführung von „Kosmischerhölzer“ innerhalb eines so wiegead Unterhaltungsbedürfnisses dienenden Sommertheaterprogramms war ein erfindungreiches Erlebnis, zu dessen starker Mitwirkung alle Darsteller in hohem Maße beitrugen. Ferdinand Gregori gestaltete anschaulich und lebendig die poetische Dichtung und Kindhaftigkeit, den idealistischen Willensflug und die innere Widersinnigkeit des Kosmer. Hätte nur schlichter Muth und die passivste Forderung seiner Sprachspiele vermeiden wüßten. Muth Walder in der von den gezeichneten Tragödien begünstigten Rolle der Kaballe West blieb anfangs zu farblos und nachher, wucht aber in ihrer großen Beklemmung im dritten Aufzuge zu mitreißender Dramatik und tragischer Größe und bewährte dabei einen ungemein angenehmen Zauber weiblicher Ausmut. Sehr echt verweilte Margarete die engstimmigen, unvollkommenen Schulmeister und politischen Reaktionskräfte und hielt sich ganz frei von nachlässigen Nebenrollen. Nebenbei gut fand sich... (Text is very faint and partially illegible)

Es wäre sehr zu wünschen, daß sich auch im Verlaufe des Zoppoter Stadttheater ein Darsteller für den Kosmer finden würde, damit die hochinteressante Aufführung noch einige Wiederholungen erfahren könnte. Dr. Wilhelm Holz.

Ein internationales Schriftstellerversammlung in der Krim. D. E. Das Volkskommissariat für Gesundheitswesen in Sowjetrußland richtet in Gagra in der Krim ein internationales Sanatorium für Schriftsteller

ein, das den Namen des Tolstois tragen soll. Nach einer Mitteilung der Moskauer „Iswestija“ wird zur Gedenkfeier die Ankunft von Konstantin Leontiev, Roman Rolland, Wells und anderen bekannten europäischen Schriftstellern erwartet. Als Besonderheit dieses Sanatoriums wird hervorgehoben, daß es auf dem Prinzip der Arbeit, als bester Heilmittel, aufgebaut werden soll.

Die Lage der Hochschulen in Rußland.

D. E. Auf der in Moskau tagenden Konferenz für Hochschulfragen bezeichnen der Volkskommissar für Bildungswesen Sunat'karski die Lage des Hochschulwesens in Sowjetrußland als äußerst schwierig und warnt dringend vor der übermäßigen Vermehrung der Zahl der Hochschulen, die in der letzten Zeit sehr zahlreich ist. Im Rahmen der Zentralverwaltung für Hochschulwesen sollte Propaganda ein leitendes Mitglied des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei, mit, daß von den 4483 Schulen seines Reports mit insgesamt 489 000 Schülern unterrichtungslos seien. Die materiellen und geistigen Mittel des Landes liegen ein solches „plötzliches“ Ueberfließen an Hochschulen nicht zu und die überflüssigen müßten umgehend geschlossen werden. Wegen der unabhängigen Geist der Hochschulen, der wiederholt zu Konflikten mit den Sowjetbehörden geführt hat, richtete sich der Regierungsentwurf eines neuen Hochschulgengesetzes, welches der Konferenz vorlag. Das Gesetz soll die Hochschulverwaltung in Einklang mit der Sowjetverwaltung bringen und zu diesem Zweck sowohl in die Fakultäten als in den Senat Direktoren der ineffizienten Fakultäten und Verwaltungsorgane einsetzen und die eigentliche Leitung der Hochschule einem von der Regierung zu ernennenden Kollegium übertragen. Zahlreiche Änderungsanträge, die von den der Konferenz teilnehmenden Professoren im Sinne der akademischen Selbstverwaltung eingebracht waren, wurden von den übrigen Konferenzteilnehmern niedergelassen.

Kampf dem Fortschritt!

Aus Gastwirttagessitzungen erhalten wir folgende Zuschrift: Nieder mit dem Demobilisierungsauswurf. Fort mit dem Arbeitsamt, war der Schlichter der letzten Gastwirttagessitzung. Wir können diesen freundlichen Unternehmern ihr Verlangen verstehen und nachfühlen, wie gerne sie diese Institute zum Teufel wünschen. Mehr wie bisher war, dann "Freie Bahn" zur Ausbeutung der Angestellten (Schlichter) gegeben. Auch jetzt in der Hochkonjunktur ist noch eine große Anzahl hiesiger Familienväter erwerbslos, was darauf zurückzuführen ist, daß die Unternehmer aus lauter Patriotismus mit Vorliebe Ausländer beschäftigen.

Was schert es diesen Profitmachern, wenn Frauen und Kinder verhungern und ganze Familien zum Lumpenproletariat herabsinken? Rücksichtslos! Egoismus ist ihre Parole. Hoch lebe E. n. e. war das Ausrufen der letzten Versammlung.

Soweit wir unterrichtet sind, hat das Arbeitsamt in vorzüglicher Weise seine Aufgabe gelöst und sind Klagen bisher bei den Ausschüssen über etwaige Mängel nicht vorgekommen.

Für die Angestellten aber heißt es: Augen auf! und Nein in den "Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Café-Angestellten", wenn eure schwer erkämpften Rechte durch dunkle Hintermänner nicht beseitigt werden sollen.

Geht überflüssige Gegenstände an die Prodenversammlung ab. Die in der Parade (Jahresfest), gegenüber dem Zielmühlweg einzunehmende Prodenversammlung hat in letzter Zeit recht erfreuliche Resultate gehabt. Es haben sich fast alle Schichten der Danziger Bevölkerung an der unentgeltlichen Abgabe von Gegenständen aller Art beteiligt. Es ist beabsichtigt, die Abgabe von Gegenständen aller Art möglichst zu beginnen. Um nun möglichst bald im Interesse der Erwerbsbedürftigen diese Einrichtungen treffen zu können, ist jedoch noch eine weitere Abgabe von Material aller Art unbedingt erforderlich. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß die Prodenversammlung in der Hauptstadt erwerbsbedürftigen Leuten Arbeit- und Verdienstmöglichkeiten schaffen soll. Angenommen werden sämtliche Gebrauchsgüter, die täglich gebraucht werden, wie z. B. Bekleidungsstücke, Möbel, Spielzeug, Konsumgegenstände usw. Die Gegenstände werden aus der Parade (Jahresfest) unter Nr. 3720 oder schriftliche Mitteilung, morgens umgehende Abholung durch besondere Wagen, die die Prodenversammlung abholt. Es genügt telefonische Mitteilung an die Parade (Jahresfest) unter Nr. 3720 oder schriftliche Mitteilung, morgens umgehende Abholung durch besondere Wagen, die die Prodenversammlung abholt. Es genügt telefonische Mitteilung an die Parade (Jahresfest) unter Nr. 3720 oder schriftliche Mitteilung, morgens umgehende Abholung durch besondere Wagen, die die Prodenversammlung abholt.

Englischer Motorenbesuch. Wie dem Senat amtlich mitgeteilt wurde, wird das britische Geschwader der englischen Flotte Danzig vom 19. d. Mt. ab einen drei bis vierstägigen Besuch abhalten.

Ein Fahrradmarode. Der Arbeiter Bruno Kesting in Danzig verlor auf dem Hauptmarkt einzubrechen und ein Fahrrad mitzunehmen. Er wurde dabei von dem Dienst-

mädchen überrascht und nahm die Flucht. Da Mädchen erkannte ihn aber später wieder und er hatte sich nun vor der Strafkammer zu verantworten. Wegen verübten Diebstahls wurde er zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Eintragelung von Weinsteuer. Ein früherer Gastwirt in Zoppot wurde von der Bezirksstrafkammer wegen Vergehens gegen das Weinsteuergesetz frei gesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte gegen dies Urteil Revision ein. Das Obergericht gab der Revision statt, hob das Urteil auf und verwies die Sache zur nachmaligen Verhandlung und anderweitigen Entscheidung an die Bezirksstrafkammer zurück.

Verhaftung eines Diebstahls und Diebstahl. Am 24. Juni wurden dem Gastwirt Wels, wohnhaft Mittelstraße 16, 2 Pässe gestohlen. Den Diebstahl ausgeführt zu haben waren in Verdacht: Gendarmgehilfe Kompel, Arbeiter Gustav Krause und Schiffszimmermann Eiche. Eine Hausdurchsuchung bei Eiche, welcher in Petershöfen, Letzte Gasse 21 wohnt, führte zur Auffindung von fünf bei gestohlenen Eichen. E. leugnete zuerst die Tat ausgeführt zu haben, gab aber später zu, den Diebstahl mit den vorgenannten Personen begangen zu haben. Er wurde wegen Diebstahls und Verdunkelungsgefahr dem Vollzugsgefängnis zugeführt. Wegen Verdunkelungsgefahr, weil er den entwichenen Strafgefangenen Otto Krause, geb. 14. 11. 1901 zu Danzig, welcher aus der Strafkammer Gellingerstr. 11, 11. 1901 entwichen ist, in seiner Wohnung verbergen hielt. Das Haus wurde von Beamten der Schutzpolizei umstellt. Krause wurde auf dem Wege verhaftet vorgefunden. Bei seiner Festnahme wurden bei ihm gefunden: ein Infanterie-Belegeweise, zwei Pistolen und ein abgebrochenes Gewehr, welches scheinbar zum Aufbrechen von Vorhängeschloßern gebraucht worden ist.

Reise der Firma „Danziger Treuhandgesellschaft m. B. H.“ mit dem Sitz in Danzig ist hier Amtsmacherstraße 2, Telefon 2558, eine Gesellschaft als Beratungsstelle für Steuerangelegenheiten, Reklamationen, Vermögensverwaltungen, Streitigkeiten, Rechtsangelegenheiten und aller anderen in dieses Gebiet fallenden Erledigungen ins Leben getreten. Schriftliche und mündliche aller Art werden zu sehr kulantem Preisverhältnis durchgeführt.

Danziger Niederung. Vorintischau. Die zweite Schau der Wollau von der Freistaat-Grenze ab bis zur Fischerbrücke in Osterfeld, des alten Postlaufes von dem Osterfelder Schöpfwerk bis zur Wollau, des Mühlenabens von der Freistaatgrenze ab bis zur Einmündung in die Wollau, des Hagenabens von der Osterfelder-Grenze bis zum Hagenabens, des Wollauabens von der Wollau bis zur Wollau findet am Dienstag, den 26. Juli d. J. statt. Der Verkehr darf am Schaustage durch Feste oder dergleichen nicht geleistet, die über die Gemäßer führenden Straßen müssen für Verkehr gesperrt hergestellt sein.

Danziger Höhe. Neuer Kreisleitungsabgeordneter. An Stelle des verstorbenen Kreisleitungsabgeordneten Galt, (G. Galt) ist der Herr Viktor v. Hirsch, (Hirsch) als Kreisleitungsabgeordneter des 1. Wahlbezirks getreten. Der Kreisleitungsabgeordnete des 2. Wahlbezirks, die Bestellung des Genannten ist gültig anzuerkennen.

Verfassungen. Parteiverammlung in Ladelopp. Am Freitag, den 15. Juli fand im Lokal Warner eine Versammlung der Sozial-

demokratischen Partei statt, zu der eine Anzahl Gäste erschienen war. Gen. Reich-Danzig sprach über die Notwendigkeit der politischen Organisation. Redner machte auf das Treiben der Deutschnationalen aufmerksam, die mit Flugblättern und Versammlungen auf dem Lande krampfhaft Versuche machen, ihren stetig schwindenden Einfluß auf die Landarbeiter aufzufrischen. Bei den großen Tiraden ihres „Arbeitersekretärs“, der in Arbeiterfreundlichkeit mache, müsse man sich das Verhalten der Deutschnationalen bei der Beratung des Steuergesetzes usw. im Volkstag vergegenwärtigen, um sofort zu erkennen, wie die Deutschnationale Volkspartei die Interessenvertretung der werktätigen Bevölkerung aussieht. Der derzeitige Ausdruck ihres Führers Didenburg-Januschau: „Kog, Popul, Bog, Kindeich“ (die Stimme des Volkes ist die Stimme des Kindeichs) sei heute noch ausschlaggebend für die Anschauung dieser Partei. Der Erfolg der Ausführungen des Referenten war eine Anzahl Neuaufnahmen. Sodann gab Genosse Haak den Parteitagbericht und machte auf die Beitragserhöhung aufmerksam, deren Notwendigkeit allgemein anerkannt wurde. In Punkt Verchiedenes wurde eine große öffentliche Versammlung gefordert, in welcher über das Steuergesetz referiert werden soll.

Kleine Nachrichten.

Todesfälle infolge der Hitze. In Neuport sind bisher ungefähr 300 Menschen infolge der Hitze gestorben. Dienstag früh ist ein Bitterlingsumschlag eingetreten.

Die erste Negerin Dr. phil. Eine junge Negerin Miß Sabie Rosell hat an der Universität von Pennsylvania den Doktor der Philosophie erworben. Sie ist die erste Frau ihrer Rasse, die in den Vereinigten Staaten und wohl überhaupt diesen akademischen Grad erworben hat; ihre Promotion ist der vorläufige Abschluß einer glänzenden Laufbahn.

Selbstmord einer Journalistin. Fraulein Gullt Haas, die seit Jahren dem US-amerikanischen Zeitungsbetrieb angehört hatte, war bereits nach dem Waffenselbstmord für die „Vossische Zeitung“ nach Paris gegangen, was ihr als tschechoslowakische Staatsbürgerin nicht so leicht verwehrt werden konnte, wie einem Deutschen. Sie hat sich dem Pariser Waffenselbstmord angeschlossen und jetzt ihrem Leben durch Selbstvergiftung ein Ende gemacht. Wer die Kenntnisreiche, sprachkundige und dabei im Grundzug ihres Wesens heitere und witzige Frau, eine echte Oesterreicherin, gekannt hat, wird ihren frühen Tod beklagen.

Büchervarte.

Natur und Liebe, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hottel, Gell. Nr. 7. Inhalt: Bund: Religion des Sozialismus. Entwicklung, kapitalistisches Fundament. Job. Reformen. Gemacht und Leben: Naturanbahn. Das ungeschriebene Gesetz. Sozialistisches Wort. Der echte Sozialist. Die Nummern 7-9 kosten 2,40 Mark und 45 Pf. Porto.

Zoppoter Waldoper Beethovenfeier Fidelity

Aufführungen am 24., 26., 28., 31. Juli und 2. August, abends 7 Uhr.

Preise der Plätze: 30, 25, 20, 15, 10 M., Stehplatz 5 M. Vorverkauf in Ziemssens Buchhandlung in Zoppot (Fernruf Nr. 223) und in der Musikalienhandlung Hermann Lau, Danzig (Fernruf Nr. 3456).

Molkerei Friedrich Dohm

Danzig, Altstadt, Graben 29-31. (4703)

Da vom 15. Juli ab mir große Mengen Milch durch Preisübergebot nicht mehr geliefert werden, sehe ich mich gezwungen, den Milchkau in meiner Filiale Langfuhr, Hauptstraße 119 ab Mittwoch, den 20. Juli ab einzustellen. Friedrich Dohm.

Sämtl. Drucksachen

In geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen Buchdruckerei J. Gehl & Co., Danzig, Am Spandhaus 6. Telefon 3290

DIE GLOCKE

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK / FINANZ / WIRTSCHAFT U. KULTUR Herausgeber: PARVUS

Die „Glocke“ will die Durchführung des Ultimatums im Zeichen des Sozialismus

Die „Glocke“ ist das führende Organ bei der Erörterung der Wiedergutmachungs- und Wiederaufbaufragen

Die „Glocke“ ist maßgebend bei der Diskussion des Kulturlebens der sich im demokratischen und sozialistischen Geist erneuernden Zeit

Die „Glocke“ muß von jedem Sozialisten gelesen werden

Mitarbeiter der letzten Hefte: Konrad Haenisch, Paul Hirsch, Hermann Lüdemann, Professor Radbruch, Philipp Scheidemann, Paul Löbe, Heinrich Schulz, Karl Bröger, Otto Wels, Max Quarc, Hermann Wendel, Max Schippel, Jacob Altmaier, Robert Grätzsch

Einzelheft Mark 1,50 Vierteljährliches Abonnement Mark 15,- Zu beziehen durch:

Buchhandlung Volkswacht Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Achtung!

Räumungshalber

verkaufte ich

zu billigen Preisen

Haarwuschmaschinen statt 60 Mk. nur 40 Mk. Rasiermesser 7. hoch nur 25 Mk., 30 Mk., Streichriemen, Rasierapparate, Rasierseife, Scheren für Hausbedarf, Rasierpinsel, Haarpfänger, Haarnebe, Gummi-Isolierkämme. Hugo Bröde, Altstadt, Graben 16.

Volkfürsorge

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft - Sterbekasse. - Rein Policensverfall.

Ökonomische Tarife für Erwachsene und Kinder. Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig Bruno Schmidt, Mattenboden 35.

Sporthalle

1/2 8 Uhr Heute 1/2 8 Uhr

Volkstümlicher Abend

Bert Astron

Karten zu kleinen Volkspreisen Domkathedrale, Langgasse und Abendkasse.

MODERNE KUNST LICHTSPIELE LANGFUHR DAMMARKT

3 Großfilme

Poppen des Todes Albert Bassermann

Großfilm in 6 Akten.

John Lang der Dieb

Großer Abenteuerfilm in 5 Akten mit Ernst Rickerl.

Fesseln

Australischer Großfilm in 6 Akten. Ab Freitag Reinhold Schünzel Lotte Neumann.

Danziger Treuhandgesellschaft m. B. H.

Telefon Nr. 2553 Marktmaiergasse 2 Sprechzeit 9-3 Uhr Filiale Zoppot, Danzigerstraße 17

Einrichtung und Fortführung ordnungsmäßiger Buchführung; Aufstellung und Beglaubigung von Inventuren, Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Buchauszügen pp. Laufende Kontrolle der Buch- und Geschäftsführung; Revisionen von Handelsbüchern und Bilanzen bei kaufmännischen Unternehmungen jeglicher Art; Durchführung von außergerichtlichen Vergleichen, Liquidationen, Vermögensverwaltungen und Testamentvollstreckungen; Gutachtenstellungen in allen Fragen des kaufmännischen u. gewerblichen Lebens; ständige Beratung und Vertretung der Gläubiger in Konkursangelegenheiten; Revisionen zur Ermittlung von Ueberschlagungen.

Abteilung 2: An- und Verkauf von Gütern und Grundstücken; Besorgung von Teilhabern; Einziehung von Schuldforderungen; Hypothekenregulierungen.

Empfehle wieder meinen echt selbstgekochten Schnupftabak

Wih. Sternberg, Tischlergasse 37 Kein Laden Kein Laden Wiederverkäufer Rabatt.

Verlangen Sie die „Volkstimme“ in den Gaststätten!

Danziger Glossen

Heft 1 Mk. 1,50 Heft 2 „Der Wächter“ 2,50 Heft 3 „ 1,50

zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.